

Beginn: 9:07 Uhr

Bürgermeister Bernhard Bessel:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie als Bürgermeister der Gemeinde Hainburg heute, am 6. Juli 2007, zu dieser Regierungsanhörung hier in unserer schönen Kreuzburghalle ganz herzlich begrüßen und willkommen heißen. Ich freue mich, dass Sie alle, die Sie jetzt schon hier sind, unserer Einladung gefolgt sind und damit Ihr Interesse an dem Thema zeigen, das uns hier in der Gemeinde, aber auch in der ganzen Region schon seit vielen Monaten sehr stark bewegt.

Eine öffentliche Regierungsanhörung – so haben wir es gehört, und so wissen wir es auch – hat es in den vergangenen Jahren in dieser Form noch nicht gegeben. Das ist also für uns hier, aber, ich glaube, auch für die Landesregierung und für alle Beteiligten an dieser Regierungsanhörung etwas ganz Neues, sozusagen eine Premiere. Aber warum nicht? Es muss alles zum ersten Mal passieren. Es ist wichtig, dass über dieses Thema, das die Bevölkerung so stark bewegt und das uns teilweise sehr viele Sorgen macht, gesprochen wird und dass man die Möglichkeit hat, seine Sorgen und Nöte nicht nur in der Bevölkerung und nicht nur in der Öffentlichkeit auszudrücken, sondern sie auch denen klarzumachen, die dann letzten Endes die Entscheidung zu treffen haben.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, freue ich mich, von der Hessischen Landesregierung Herrn Staatsminister Dr. Alois Rhiel vom Wirtschaftsministerium ganz herzlich hier in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen!

(Beifall und vereinzelt Pfiffe)

Ich begrüße außerdem ganz herzlich den für die Landwirtschaft zuständigen Staatsminister, Herrn Wilhelm Dietzel.

(Beifall und vereinzelt Pfiffe)

Ich heiße willkommen die Staatssekretäre Karl-Winfried Seif und Klaus-Peter Güttler,

(Beifall)

von den Ministerien ferner Herrn Edgar Freund und Herrn Werner Müller.

(Beifall)

Vom Regierungspräsidium in Darmstadt heiße ich ganz herzlich Herrn Regierungsvizepräsidenten Matthias Graf willkommen.

(Beifall und vereinzelt Pfiffe)

Zu meiner Linken sitzt die Firma E.ON, vertreten zum einen durch den Leiter des Kraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg, Herrn Edgar Kaufhold.

(Beifall, Pfiffe und Buhrufe)

Ich begrüße ganz herzlich von der Geschäftsleitung Herr Dr. Ingo Luge

(Beifall, Pfiffe und Pfuirufe)

und Herrn Rolf Knief.

(Beifall und Pfiffe)

Hier unten zu meiner Linken – von Ihnen aus gesehen rechts – sitzen auch noch eine ganze Reihe hochrangiger Vertreter der Firma E.ON, die uns zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen. Ich kann nicht alle begrüßen. Ich möchte aber eine sehr sympathische Persönlichkeit hier begrüßen, weil sie fast die einzige Dame hier ist, die Pressesprecherin Frau Julia Katzenbach. Herzlich willkommen hier alle von der Firma E.ON!

(Beifall, Pfiffe und Pfuirufe)

Hier vorne in der Mitte der ersten Reihe sehe ich mehrere Mitglieder des Hessischen Landtags. Von diesen begrüße ich als Ersten den Vizepräsidenten des Hessischen Landtags, Herrn Frank Lortz.

(Beifall, Pfiffe und Pfuirufe)

Ich heiße ebenfalls willkommen Herrn Frank-Peter Kaufmann,

(Beifall)

Herrn Aloys Lenz, Frau Ursula Hammann, Frau Karin Pranghofer. – Das waren, wenn mich nicht alles täuscht, alle Landtagsabgeordneten.

Ich begrüße außerdem ganz herzlich in unserer Mitte eine Reihe von Landräten, Vizelandräten und Kreisbeigeordneten. Ich nenne nur den Landrat unseres Landkreises Offenbach, Herrn Peter Walter, und die Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger.

(Beifall)

Ich begrüße auch eine ganze Reihe von Gemeindevertretern, Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten aus unserer Region und nenne stellvertretend für alle den Vorsitzenden unserer Gemeindevertretung, Herrn Franz Kemmerer.

(Beifall)

Ich begrüße natürlich auch die Bürgermeister, Vizebürgermeister, Beigeordneten und Stadträte, die schon hier bei uns versammelt sind, und heiße auch sie ganz herzlich willkommen.

Wie einem das so passiert, wenn man bei einer Premierenveranstaltung das Vergnügen hat, die Begrüßung zu machen, habe ich Sie, Frau Dr. Pauly-Bender, zu erwähnen vergessen. Aber dafür werden Sie jetzt extra begrüßt. Herzlich willkommen, Frau Dr. Pauly-Bender!

(Lebhafter Beifall)

Begrüßen möchte ich auch die Bürgerinitiativen und alle Verbände und Organisationen, die hierhergekommen sind, um ihre Forderungen bzw. ihre Fragen zu stellen und hier präsent zu sein.

Last, but not least heiße ich Herrn Roland Strunk zu meiner Rechten willkommen. Er wird nach meiner Begrüßung diese Veranstaltung moderieren und versuchen, sie so zu leiten, dass jeder von Ihnen, der etwas sagen möchte, zu Wort kommt.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Monaten hat nicht nur bei uns die Diskussion um Energie und Klima das Tagesgeschäft beherrscht. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in den Medien, in der Zeitung, im Fernsehen von diesem Thema berichtet wird. Deswegen ist es auch sehr verständlich, dass man sich darüber ganz besonders dort Gedanken macht, wo man dieses Thema hautnah erlebt, nämlich hier bei uns.

Ich möchte nur beispielhaft den Klimagipfel erwähnen, der vor wenigen Tagen in Berlin stattgefunden hat und wo Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Bundesregierung verkündet hat, dass beabsichtigt ist, die CO₂-Belastungen bis zum Jahr 2020, bezogen auf das Ausgangsjahr 1990, um 40 % zurückzuführen. Das ist eine gewaltige Dimension und verlangt eine gewaltige Anstrengung, die nicht von allen mitgetragen wird, weil nicht jeder überzeugt ist, dass es gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Andererseits hören die Bürgerinnen und Bürger, das hier bei uns in der Nachbarschaft beabsichtigt ist, in einem Kohlekraftwerk einen neuen Block 6 zu bauen, durch den die Emission von Kohlendioxid von derzeit 5 Millionen Tonnen pro Jahr auf später 8 Millionen Tonnen pro Jahr ansteigen wird. Das ist ein Widerspruch, der nicht so einfach zu verkraften ist und den die Bürgerinnen und Bürger nicht so einfach verstehen.

(Lebhafter Beifall)

Dann gibt es Menschen – auch Fachleute –, die sagen: Kohlekraftwerke sind veraltet; das ist eine Steinzeittechnologie; das sind Klimakiller.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt aber auch sehr viele, die viel von dieser Sache verstehen und etwas ganz anderes sagen, nämlich dass wir ohne den Energiemix, den wir zurzeit haben, und ohne Kohlekraftwerke in der Zukunft die Energieversorgung nicht bewältigen können, dass sie noch viele Jahre gebraucht werden und dass man ohne diesen Mix die Versorgungssicherheit und auch die Wirtschaftlichkeit bei der Erzeugung von Strom und Energie nicht gewährleisten kann. Auch das ist natürlich ein Widerspruch.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies, was bundespolitisch und landauf, landab von vielen diskutiert wird, das findet bei uns – ich habe es schon gesagt – hautnah vor Ort statt, und zwar nicht nur die Diskussion um Kohlendioxid, das ja eigentlich kein direkter Schadstoff ist, sondern ein Bestandteil der Luft bzw. ein Treibhausgas. Aber was uns besonders große Sorgen macht, sind die Schadstoffe, die unmittelbar auf uns bzw. auf unsere engere Region einwirken. Das ist in erster Linie der Staub, das sind Schwefeldioxide und Stickoxide, das ist Lärm, das ist der Verkehr. Natürlich macht uns auch das Landschaftsbild Sorgen.

Ich möchte damit deutlich machen, dass wir hier in Hainburg – und ich glaube, dass ich auch für die gesamte Region sprechen kann – es nicht hinnehmen können, dass zu diesen Belastungen, die wir seit Jahrzehnten auszuhalten haben, die wir hinnehmen müssen, die uns bedrücken, durch den Neubau eines neuen Blocks 6 zusätzliche Belastungen kommen. Das darf nicht sein. Unsere Region ist in diesem Ballungsraum in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so stark belastet worden, dass – das möchte ich hier ganz deutlich sagen – wir als Kommunalpolitiker – und ich denke, dass ich hier die Unterstützung von allen habe – es nicht hinnehmen können, dass weitere Belastungen auf unsere Region, auf die Menschen in unserer Region zukommen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es soll ja nicht nur in Großkrotzenburg das Kraftwerk Staudinger um einen Block 6 erweitert werden, sondern ich nenne in unserer Region beispielhaft die Ingelheimer Aue in Mainz/Wiesbaden, in der auch noch ein Kohlekraftwerk gebaut werden soll, und viele andere Dinge mehr, die sich hier ringsum in diesem Ballungsraum abspielen. Das muss alles unserer Meinung nach zusammen betrachtet werden. Wir können nicht isoliert ein einziges Vorhaben betrachten, sondern wir müssen sehen, ob wir diesen Belastungen insgesamt ausgesetzt werden können und ob wir diese verkraften können.

Deswegen war unsere Forderung von Anfang an, für dieses Bauvorhaben Block 6 ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren durchzuführen.

(Beifall und Bravorufe)

Ich bin froh, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese Forderung nicht nur aus Hainburg kommt, sondern dass sie von allen Kommunen um uns herum unterstützt wird, dass sie von Landkreisen unterstützt wird, dass sie auch aus Bayern unterstützt wird. Ich sehe hier den Bürgermeister Scharwies von Alzenau sitzen.

(Beifall)

Dies soll den Entscheidern im Regierungspräsidium – das ist heute stellvertretend Herr Graf – und den Entscheidern in der Landesregierung, Herrn Minister Rhiel und Herrn Minister Dietzel, zeigen, dass wir nach wie vor auf dieser Forderung bestehen, weil das unserer Meinung nach die einzige Möglichkeit ist, all diese Belastungen zusammen zu sehen und dann auch zu beurteilen.

Deswegen ist diese heutige Veranstaltung meiner Meinung nach auch keine Schaufensterveranstaltung, sondern dient dazu, dieses Problem hier offen anzusprechen und die Leute nicht nur zu beeinflussen, sondern sie zu überzeugen, dass wir mit dieser Forderung richtig liegen.

(Beifall)

Egal, wie letzten Endes die Entscheidungen in den nächsten Wochen – heute wird es ja wahrscheinlich keine geben – ausfallen werden: Wir wünschen uns in Hainburg – und damit spreche ich wiederum für alle, die um uns herum sind –, dass wir in Zukunft sagen können: Wir wohnen nicht in der Nähe des größten Kohlekraftwerks von Europa oder sogar der ganzen Welt, sondern wir wohnen in der Nähe des modernsten und umweltfreundlichsten Kraftwerks, das in der letzten Zeit gebaut wurde und das in der Zukunft gebaut werden wird.

In diesem Sinne wünsche ich dieser heutigen Veranstaltung einen guten Verlauf und vor allem viele Erkenntnisse, sodass jeder von Ihnen, der jetzt schon da ist oder noch kommt, am Ende sagen wird: Es hat sich gelohnt hierherzukommen.

Ich bedanke mich noch einmal bei der Hessischen Landesregierung und beim Regierungspräsidium, dass sie diese Veranstaltung hier bei uns vor Ort, wo wir am allernächsten am Kraftwerk dran sind, durchführen und dass sie in dieser hochrangigen Besetzung hierhergekommen sind. Alles Gute!

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank für Ihre Begrüßung, Herr Bürgermeister Bessel.

Guten Morgen, meine Damen und Herren, verehrte geladene Gäste und verehrte Gastgeber hier auf dem Podium! Auch ich begrüße Sie hier in der Kreuzburghalle in Hainburg zur Regierungsanhörung zur Erweiterung des Kraftwerks Staudinger. Mein Name ist Roland Strunk.

Ich habe die Aufgabe, diese Veranstaltung zu moderieren. Zu meiner Person: Ich bin gelernter Raum- und Umweltplaner und selbstständig in Frankfurt am Main tätig.

Das Podium hat Ihnen bereits Herr Bürgermeister Bessel vorgestellt. Hinter uns sitzen noch – das möchte ich erwähnen – Stenografen, die alle Wortbeiträge protokollieren werden.

Der Saal vor uns besteht, falls Sie es nicht schon wahrgenommen haben, aus zwei Bereichen: Der hintere Teil steht der Öffentlichkeit zur Verfügung, und im vorderen Teil sitzen geladene Gäste, bestehend aus mannigfaltigen Vertretern, die Herr Bessel eben schon im Einzelnen begrüßt hat. Bitte sehen Sie es mir nach, wenn ich aus Zeitgründen nicht alle hier noch einmal begrüße. Ich schließe mich den Grußworten von Herrn Bessel an. Sehen Sie es mir auch nach, wenn ich Sie nicht alle persönlich kenne. Seien Sie uns hier oben dennoch herzlich willkommen.

Ich stelle Ihnen jetzt die Tagesordnung des heutigen Tages vor. Wie ist der Verlauf der Veranstaltung geplant? Nach mir werden die Einführung in die Veranstaltung Herr Staatsminister Dr. Alois Rhiel und Herr Staatsminister Wilhelm Dietzel vornehmen. Im Anschluss daran stellen zwei Vertreter der E.ON Kraftwerke GmbH das Vorhaben vor, und danach bestehen die ersten Möglichkeiten für Rückfragen und Äußerungen.

Der Tag ist insgesamt in zwei Blöcke geteilt. Der Vormittag ist ausschließlich dem Vorhaben gewidmet, d. h. fachlicher Natur. Am Nachmittag beschäftigen wir uns mit dem Genehmigungsverfahren. Dieser Nachmittag wird also eher rechtlicher Natur sein.

(Zuruf: Und wann sind die Kommunen dran?)

– Am Vormittag ist ein anderthalbstündiger Rückfragen- und Äußerungsblock geplant. Das Gleiche gilt für den Nachmittag: Nach einem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Hendler von der Universität Trier gibt es wiederum einen Äußerungsblock. Ich sage das deshalb, weil ich anhand der ersten Wortmeldungen schon festgestellt habe, dass es zahlreiche gibt und dass wir diese in irgendeiner Form strukturieren müssen. Denken Sie bitte nachher, wenn ich Sie auffordere, Ihre Hand zu heben, daran, ob Sie sich thematisch zum Vorhaben oder zum Verfahren äußern wollen. Das würde uns helfen, Ihre Wortmeldung entsprechend dem Tagesablauf zu verteilen. Ein Rechenbeispiel: Würde ich für 90 Minuten 50 Wortmeldungen bekommen, dann wären das anderthalb Minuten pro Wortmeldung. Sie sehen, das ist schwer darstellbar.

Noch etwas Organisatorisches: Der guten Ordnung halber mache ich auch von mir aus auf die für die Veranstaltung gültige Benutzerordnung aufmerksam, die im Foyer plakatiert ist. Ich hoffe, dass Sie alle diese billigend zur Kenntnis genommen haben. Eine Regelung daraus ist mir jetzt schon wichtig: Schalten Sie bitte Ihre Mobiltelefone aus, weil wir hier eine empfindliche Tontechnik haben. Ich möchte noch erwähnen, dass Sie sich während der Veranstaltung im Foyer mit Getränken versorgen können.

Jetzt noch etwas in eigener Sache. Wie Sie wissen, handelt es sich hier um eine öffentliche Veranstaltung. Lassen Sie mich jetzt ganz kurz im Vorfeld etwas zu dem Charakter dieser Veranstaltung sagen. Das tue ich nicht zuletzt, um Sie bereits jetzt für ein Klima der fairen Auseinandersetzung zu sensibilisieren. Im Übrigen meine ich aus meiner persönlichen Empfindung: Pfuirufe gehören nicht dazu.

(Beifall)

In diesem Saal sitzen ausschließlich freiwillig Mitwirkende. Das gilt für die Betroffenen, also Sie, gleichermaßen wie für die Beteiligten, das Podium und auch für den Vorhabenträger. Als Moderator dieser Veranstaltung wünsche ich mir, dass daraus erstens ein Arbeitstreffen, zweitens eine Art Bestandsaufnahme und drittens ein Dialog wird. Ihre Äußerungen leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

Es folgen jetzt die Ministeransprachen. – Herr Dr. Rhiel.

Staatsminister Dr. Alois Rhiel:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diese Regierungsanhörung, die ja nichts Übliches ist, gewählt, um heute zu Ihnen zu kommen, hierher an den Ort, wo die Fragen entstehen und gestellt werden, wo die Sorgen sich ergeben und Bedenken angemeldet worden, aber wo es auch um das ganz konkrete Projekt geht, über das wir heute diskutieren.

Deswegen freue ich mich, dass Sie hier sind, dass Sie nicht mit Ihren Fragen nach Darmstadt zum Regierungspräsidium oder nach Wiesbaden zu den Ministerien reisen müssen, sondern dass wir in gebündelter Form alle, die Fragen haben – ob institutionell oder aus Sicht der betroffenen Bürgerinnen und Bürger –, eingeladen haben, aber dass wir auf der anderen Seite auch so komplett, denke ich, hier vertreten sind, sowohl mit den Repräsentanten der Antragsteller als auch mit den Regierungsvertretern, mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um am Ende der Veranstaltung, wie Herr Bürgermeister Bessel zu Recht gesagt hat, mit – das ist der eigentliche Sinn – einem Erkenntnisgewinn nach Hause zu gehen, um das Gehörte zu verarbeiten, zu bedenken, zu überdenken, damit dann auch entsprechende Entscheidungen nach Recht und Gesetz und in rationaler Weise getroffen werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Wahrheit und Wahrhaftigkeit gehört, dass man alle Aspekte in eine solche Entscheidung einbezieht. Dazu gehört die Tatsache, dass von einem Kraftwerk dieser Art Umweltbelastungen ausgehen. Das ist nicht zu leugnen. Es geht um das Maß, die Intensität, die Höhe im Hinblick auf die Belastung von Mensch und Natur.

Zweitens gehört aber auch zur Wahrheit und Wahrhaftigkeit, dass wir solche Kraftwerke brauchen, um insgesamt ökonomisch, aber nicht nur ökonomisch, sondern auch – denn die Wirtschaft dient den Menschen in den menschlichen Gemeinschaften, ob hier oder anderswo – sozial überleben zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich persönlich habe aufgrund vieler Erfahrungen – Sie wissen, ich bin auch kommunalpolitisch verantwortlich gewesen – großes Verständnis für die Sorge, die Betroffenheit, die Nöte, die Ängste der Menschen. Denn eines ist klar: Jeder Veränderungsprozess, auch jede geplante Veränderung eines solchen Kraftwerks, bringt Fragen mit sich, die geeignet sind, Sorgen hervorzurufen.

Deswegen sind wir heute hier mit dem Ziel, die Fragen zu beantworten, vor allem die Frage, die sich zentral stellt – das ist ja eben noch einmal deutlich geworden –: Gibt es rechtlich ein Erfordernis, ist es rechtlich geboten, für die Erweiterung des Kraftwerks Staudinger eine Raumverträglichkeitsprüfung im Zuge eines Raumordnungsverfahrens nach den landesgesetzlichen Bestimmungen durchzuführen, und zwar, meine sehr verehrten Damen und Herren – das ist die entscheidende Frage –, vor dem eigentlichen Genehmigungsverfahren und dessen Entscheidung nach den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes? Herausuarbeiten sind die Gesichtspunkte, die nicht in gleichem Umfang und gleicher Tiefe im Zuge eines Genehmigungsverfahrens geprüft und abgearbeitet werden können.

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage müssen wir uns an den Festlegungen des geltenden Regionalplans Südhessen aus dem Jahre 2000 orientieren. Sie wissen, dass der Regionalplan Südhessen von den Kommunalvertretern in der Region Südhessen – dazu gehört diese Region ja auch – beschlossen worden ist und dass es gemeinsame Aufgabe des Regierungspräsidiums und meines Hauses, des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und – darauf kommt es in diesem Zusammenhang an – Regionalplanung ist, dies zu bedenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Regionalplan ist die heute gültige Rechtsvorschrift für eine Bewertung der Erweiterung des Kraftwerks Staudinger. Hiernach – das ist zunächst einmal ein wichtiger Anhaltspunkt – ist der Kraftwerksstandort bzw. das gesamte Kraftwerksgelände räumlich und sachlich konkret in diesem Regionalplan bzw. in der Plankarte festgelegt. Die geplante Erweiterung – das wissen wir – soll innerhalb dieser Flächenfestlegung stattfinden. Planungsrechtlich hat der Regionalplan bzw. die Regionalversammlung Südhessen somit für den Standort Staudinger grundsätzlich positiv entschieden.

Weiterhin – und das ist für unsere Frage auch von Bedeutung – findet sich im Plantext folgende Festlegung:

Bei Bedarf an überörtlicher Stromerzeugung ist Kraft-Wärmegekoppelten Anlagen grundsätzlich der Vorzug zu geben.

Großkraftwerke (> 200 MW) sollen nur erweitert bzw. an einem neuen Standort errichtet werden, wenn sich aus dieser Maßnahme heraus in der Gesamtbetrachtung ökologische Vorteile ergeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Bedingungen im Regionalplan werfen somit Forderungen auf, wie – es kommt auf das Wie an – eines Großkraftwerks durchzuführen ist.

Diesen Erfordernissen der Raumordnung, also Kraft-Wärme-Kopplung einerseits und ökologische Vorteile in der Gesamtbetrachtung andererseits, ist somit nachzukommen. Dies steht fest.

Dem Vorhabenträger E.ON wird daher auch im Genehmigungsverfahren, also in dem Verfahren, zu dem Kollege Dietzel nachher sprechen wird, abzuverlangen sein, darzulegen, wie er diese regionalplanerischen und letztendlich auch regionalpolitischen Forderungen umsetzen wird. Auf die weiteren inhaltlich-materiellen Anforderungen, die sich aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz an das dort verankerte Genehmigungsverfahren und zugleich an die Umweltverträglichkeitsprüfung ergeben, wird Herr Dietzel noch näher eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die formalen Anforderungen sind für beide Verfahren, für das Raumordnungsverfahren und für das bundesimmissionsschutzrechtliche Verfahren, identisch. Die Offenlegung der Verfahrensunterlagen auch zur Einsichtnahme durch die Bürgerinnen und Bürger sowie die anschließende Erörterung der vorgetragenen Anregungen und Bedenken bzw. der konkreten Einwendungen gegen das Vorhaben sind für beide Verfahren vorgegeben. Das heißt, es wird in dem einen wie in dem anderen Verfahren keinerlei Einschränkungen von Bürgerrechten und institutionellen Rechten geben, und dies, egal wie die Entscheidung, ob mit oder ohne Raumordnungsverfahren, nachher fällt.

Ebenso, meine sehr verehrten Damen und Herren – das sage ich an unsere Gäste aus dem benachbarten bayerischen Raum; manche Hessen sagen ja: aus dem bayerischen Ausland, aber das sehen wir ganz anders; wir sind Freunde diesseits und jenseits der Grenzen –, sind, die Landesgrenzen überschreitend, Nachbarkommunen, Nachbarkreise und deren Bürgerinnen und Bürger sowie weitere Stellen an dem Verfahren zu beteiligen. Auch das steht außer Zweifel.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass nach den rechtlichen Vorgaben im Rahmen beider Verfahren eine objektive Information auf Basis der Verfahrensunterlagen und auch eine hinreichende Transparenz über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Bevölkerung, die Besiedlungsentwicklung, die Umweltgüter, wie sie der Bürgermeister eben im Einzelnen noch einmal genannt hat, geschaffen werden können.

Zu unterscheiden ist – das ist wichtig für die konkrete Fragestellung, die wir hier haben –: Im Raumordnungsverfahren wird die Prüfung der Umweltverträglichkeit in die Prüfung der Raumverträglichkeit integriert, also einbezogen, ist integraler Bestandteil. Im Genehmigungsverfahren, das das Haus von Wilhelm Dietzel zu verantworten hat, nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz ist die Umweltverträglichkeitsprüfung ein gesonderter Bestandteil des Verfahrens.

Wir werden die heute vorgetragenen Argumente und die Argumente, die es sicherlich auch im Nachhinein noch gibt und die an uns herangetragen werden, für das Für oder das Gegen

eines Raumordnungsverfahrens sorgsam auswerten und prüfen. Wir werden die Entscheidung dann zügig in den nächsten Wochen treffen.

Ich sage zwei Dinge ganz deutlich. Erstens: Ich und wir sind für das eine wie für das andere Verfahren zum jetzigen Zeitpunkt absolut offen. Zweitens gilt: Wir müssen natürlich nach Recht und Gesetz entscheiden. Eine Entscheidung, gegen die möglicherweise geklagt werden könnte, weil sie nach Recht und Gesetz getroffen wurde, nützt keinem, schon gar nicht der betroffenen Bevölkerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass wir in diesem Kreis mit so vielen Teilnehmern hier zusammengekommen sind, und ich erwarte das, was der Bürgermeister gesagt hat: für die Bürgerinnen und Bürger und auch für mich noch ein Stück Erkenntnisgewinn.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Dr. Rhiel.

Jetzt spricht zu Ihnen Herr Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz. – Herr Dietzel.

Staatsminister Wilhelm Dietzel:

Verehrte Landtagsabgeordnete, Herr Landrat, meine Herren Bürgermeister, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, guten Morgen! Wir haben uns hier zusammengefunden, um die Frage zu klären, ob es rechtlich geboten und sachlich erforderlich ist, ein Raumordnungsverfahren nach landesrechtlichen Bestimmungen durchzuführen.

Unabhängig von dieser Frage ist klar, dass für den Betrieb und den Bau des geplanten Kraftwerksblocks 6 am Standort Großkrotzenburg eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung notwendig ist. Dabei habe ich heute die Aufgabe übernommen, den Sinn und den Zweck des Genehmigungsverfahrens zu erläutern.

Mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung wird sichergestellt, dass genehmigungsbedürftige Anlagen so errichtet und betrieben werden, dass weder schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren noch erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können.

Darüber hinaus gilt der Vorsorgegrundsatz, wonach die zum Schutz der Umwelt und der Nachbarschaft notwendigen Maßnahmen am Stand der Technik ausgerichtet werden müssen. Damit ist klar: Der von E.ON geplante Kraftwerksblock 6 darf und wird nur genehmigt

werden, wenn diese Anlage nach der besten verfügbaren Technik gebaut und betrieben wird.

Unabhängig davon wird in der Öffentlichkeit vor den mit dem Ausbau verbundenen zusätzlichen Umweltbelastungen und den Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit gewarnt. Sicherlich sind derartige Sorgen verständlich. Gleichwohl wird auch diese Frage eingehend im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft.

Zur Luftreinhaltung gibt es ein umfassendes Regelwerk, die sogenannte TA Luft. In dieser Vorschrift sind u. a. Grenzwerte für die zulässige Schadstoffbelastung der Luft festgelegt. Diese Grenzwerte gelten bundesweit und beschreiben die für die menschliche Gesundheit unbedenklichen Luftbelastungen.

Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens wird daher geprüft, ob für die Gesamtbelastung, also vorhandene Vorbelastung plus Zusatzbelastung durch Kraftwerksblock 6, die geltenden Luftgrenzwerte einzuhalten sind.

In diesem Zusammenhang wird die Öffentlichkeit regelmäßig auf die Raum Hanau vorhandene Vorbelastung der Luft hingewiesen. Auch dieser wichtige Einwand wird im Verlaufe des Genehmigungsverfahrens umfassend geprüft. Wichtig dabei ist, dass die Vorbelastung im vorliegenden Fall nicht abgeschätzt wird. Die Vorbelastung wird durch eine Vielzahl von Messungen in der Umgebung der Anlage detailliert ermittelt.

So wurde von der Genehmigungsbehörde für die Umweltverträglichkeitsuntersuchung festgelegt, dass alle für den Betrieb des Großkraftwerks relevanten Schadstoffe im Umkreis von 10 km für die Dauer eines Jahres gemessen werden. Mit Rücksicht auf die bayerischen Anwohnergemeinden wurde dieser Messbereich nach Osten bis zum Spessart ausgeweitet. Die Ausdehnung des Messbereichs wird anhand der Schornsteinhöhe und der meteorologischen Verhältnisse am Kraftwerksstandort festgelegt. Somit wird der Bereich erfasst, der tatsächlich von den Abluftemissionen des Kraftwerks betroffen ist. Der Messbereich wird also von der Behörde nicht willkürlich festgelegt, sondern durch ein bundesweit vorgeschriebenes Berechnungsverfahren ermittelt.

Ich kann daher feststellen, dass im vorliegenden Fall die im Raum Hanau/Aschaffenburg vorhandene Luftbelastung sehr sorgfältig ermittelt wird. Dies hat aber auch zur Konsequenz, dass belastbare Aussagen zur Vorbelastung und damit auch zur Gesamtbelastung erst nach Abschluss der laufenden Messungen und Auswertungen der Messergebnisse getroffen werden können.

Die durchzuführende Umweltverträglichkeitsuntersuchung beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Luftpfad. Vielmehr sind auch die anderen Medien wie Boden, Wasser, Abfall und alle Schutzgüter für die menschliche Gesundheit, Fauna, Flora und Sachgüter zu betrachten. In der Umweltverträglichkeitsuntersuchung werden sämtliche Emissionen und Immissionen

ermittelt, die möglicherweise durch Inbetriebnahme des neuen Kraftwerksblocks verursacht werden können. Das betrifft z. B. die Betrachtung der verkehrlichen Auswirkungen der heutigen und künftigen Abwasserbelastungen, den Wärmeeintrag in den Main, die Belange des Grundwasser- und des Bodenschutzes, des Landschaftsbilds und nicht zuletzt der betroffenen Naturschutzgebiete.

Im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren wird die Öffentlichkeit umfassend beteiligt. Die Genehmigungsunterlagen einschließlich der Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung werden öffentlich ausgelegt. Alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit zur Einsichtnahme und können ihre Vorbehalte und Bedenken gegen das Vorhaben der Genehmigungsbehörde schriftlich mitteilen. Im Genehmigungsverfahren findet ein öffentlicher Erörterungstermin statt, in dem alle Einwendungen mit dem Antragsteller sowie den Gutachtern und der Fachbehörde erörtert werden können. Die Genehmigungsbehörde ist verpflichtet, neben den Stellungnahmen der Fachbehörden und der Träger öffentlicher Belange auch die Einwendungen Dritter sorgfältig zu prüfen und bei der Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit der Anlage zu berücksichtigen. Erst nach Abschluss dieser Prüfung kann die Behörde über die Genehmigung des Antrags entscheiden.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf die im Zusammenhang mit dem Klimaschutz häufig aufgeworfene Frage eingehen: Ist der Neubau des Kohlekraftwerks im Hinblick auf die heute schon absehbaren Folgen des Klimawandels noch vertretbar?

Aus meiner Sicht ist zunächst einmal eine Klarstellung erforderlich: Im Gegensatz zu den Immissionen der in die Luft getragenen Schadstoffe ist die Luftbelastung in der Umgebung des Kraftwerks von Bedeutung. So können CO₂-Emissionen weder akute Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung noch erhebliche Belastungen in der Nachbarschaft dieser Anlage bedeuten. Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe und eine Herausforderung im 21. Jahrhundert. Das haben wir als Hessische Landesregierung, der Bund und zuletzt auch der Bericht des UN-Klimarats und die aktuellen Diskussionen um die nationalen Energie- und Klimagipfel gezeigt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, sind alle Bereiche zu betrachten, auch die Stromerzeugung im Bereich der Grundlastversorgung.

Um die für Kraftwerke notwendigen Maßnahmen zu planen, ist jedoch eine überregionale Betrachtung unumgänglich. In Deutschland wurden im Zeitraum 2005 bis 2007 im Bereich der Energie und Industrie für rund 495 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr Emissionsberechtigungen zugeteilt. Diese Menge soll zukünftig – der Gesetzentwurf wird gegenwärtig im Bundestag beraten – auf 453 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr für den Zeitraum 2008 bis 2012 deutlich reduziert werden. Außerdem ist für diesen Zeitraum vorgesehen, dass hiervon jährlich 40 Millionen Tonnen CO₂ für den Bereich der Stromerzeugung versteigert werden. Diese neuen Rahmenbedingungen führen zwangsläufig dazu, dass die Stromerzeuger aus wirtschaftlichen Gründen ältere Kraftwerke mit geringen Wirkungsgraden abschalten müssen. Durch die Lieferung in das bundesweite Netzwerk werden alte Anlagen mit schlechtem Wirkungsgrad zurückgefahren, und der Strom wird mit geringeren CO₂-Emissionen hergestellt.

Das betrifft auch die alten Kraftwerksblöcke 1 bis 3, die unter den vorgenannten Gesichtspunkten schrittweise stillzulegen sind.

Um die Grundbelastung bei der Stromversorgung sicherzustellen, werden in Deutschland weiterhin neue Kraftwerke gebraucht. Dies gilt umso mehr, wenn weiterhin am Atomausstieg festgehalten wird. Um die CO₂-Emissionen weiter zu senken, sind unabhängig vom Neubau des Kraftwerks 6 neue Technologien zu entwickeln. Dies gilt vor allem für die Abscheidung und Verpressung von CO₂, die nach der Erprobung im großtechnischen Maßstab auch in Großkraftwerken eingesetzt werden sollten.

Ich möchte abschließend nochmals bekräftigen, dass die Landesregierung die Sorgen und Bedenken der in der Umgebung des Kraftwerks Staudinger lebenden Menschen sehr ernst nimmt. Um diese Sorgen zu entkräften, ist eine umfassende, intensive behördliche Prüfung der Antragsunterlagen im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens notwendig. Erst danach kann die Genehmigungsfähigkeit der geplanten Anlage abschließend beurteilt werden. Soweit diese Prüfung zu einem positiven Ergebnis kommt, besteht aus behördlicher Sicht keine rechtliche Möglichkeit, die Genehmigung aus anderen Gründen zu versagen. Deshalb kommt der Prüfung der Genehmigungsfähigkeit eine besondere Bedeutung zu, die mit entsprechender Tiefe und Sorgfalt durchzuführen ist. Das Regierungspräsidium Darmstadt und die hier zuständigen Genehmigungsbehörden besitzen eine große Sach- und Fachkompetenz sowie langjährige Erfahrungen bei der Durchführung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Damit ist eine umfassende, sorgfältige Prüfung des Vorhabens und der dazu vorliegenden Antragsunterlagen sichergestellt.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass ich mit meinen Ausführungen den Umfang und die Bedeutung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens klarstellen konnte und damit zur Versachlichung der weiteren Diskussion beitragen kann.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dietzel.

Es folgt jetzt die Vorstellung des Vorhabens. Bevor ich die beiden Redner dazu auffordere und sie Ihnen auch kurz vorstelle, darf ich Sie bitten, während dieses Vortrags einfach höflich zu bleiben

(Lachen)

und den Beitrag zur Kenntnis zu nehmen. Im Zuge dieser Veranstaltung ist die Vorstellung des Vorhabens nichts anderes, als uns alle auf den gleichen Kenntnisstand zu bringen.

Ich stelle Ihnen jetzt die beiden Referenten vor. Das ist zum einen Herr Dr. Ingo Luge, Vorsitzender der Geschäftsführung der E.ON Kraftwerke GmbH. Herr Dr. Luge ist 1957 in Bedburg im Rhein-Erft-Kreis geboren. Er studierte Jura in München, wo er auch promovierte. Anschließend führte ihn seine berufliche Laufbahn nach einem kurzen Ausflug als Berater einer Versicherungsgesellschaft direkt zu dem Energieversorger EMO, wo er sich vom Leiter der Rechtsabteilung zum Bereichsleiter Strom/Betrieb entwickelte. Von 2001 bis 2005 war Herr Dr. Luge Mitglied des Vorstands der E.ON Avacon AG, und seit 2006 ist er in seiner jetzigen Funktion Vorsitzender der Geschäftsführung der E.ON Kraftwerke GmbH.

Den zweiten Teil des Vortrags bestreitet Herr Edgar Kaufhold. Er ist Leiter des Kraftwerks Staudinger. Herr Kaufhold ist 1951 in Großkrotzenburg geboren. Er hat sein Maschinenbaustudium als Diplom-Ingenieur abgeschlossen, war dann drei Jahre beim TÜV Hessen als Sachverständiger, und ab 1981 war er Betriebsingenieur und Assistent im Bereich Produktion im Kraftwerk Staudinger. Ab 1998 leitete er hintereinander zwei Müllheizkraftwerke und war Geschäftsführer bei der Thermischen Restabfallverwertungsanlage BKB in Hannover. Seit 2005 leitet er das Kraftwerk Staudinger.

Herr Dr. Luge, Herr Kaufhold, Ihr Beitrag bitte.

Dr. Ingo Luge:

Herr Staatsminister Dr. Rhiel, Herr Staatsminister Dietzel, meine verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Ich darf Sie auch im Namen der E.ON Kraftwerke hier herzlich begrüßen. Ich möchte der Landesregierung von Hessen für das Angebot danken, hier auf dieser Veranstaltung in den Dialog über dieses Vorhaben und in die sachliche Diskussion dazu zu kommen.

Für meine Vorstellung möchte ich mich herzlich bedanken. Dann können wir diese, glaube ich, überspringen.

Ich beginne unsere Vorstellung mit einem Überblick über das Unternehmen, das in Großkrotzenburg am Kraftwerk Staudinger die Verantwortung trägt und das Vorhaben eines Neubaus realisieren möchte.

Unsere Energie hat viele Gesichter, insbesondere das menschliche Gesicht. Über 4.000 Mitarbeiter arbeiten bei uns dafür, dass Energie für Menschen von Menschen gemacht werden kann. Ohne Menschen geht das nicht. Wir alle sind zugleich diejenigen, die diese Energie brauchen und nachfragen. Besonders stolz sind wir darauf, dass unsere Ausbildungsquote mit rund 10 % eine Zukunftssicherung auch für junge Leute bedeutet und auch die Fachkräfte für die Zukunft sichert.

Das Unternehmen ist verantwortlich für mehr als 30 Kraftwerke in Deutschland, die in einem hoch technischen und fein abgestimmten Prozess funktionieren müssen. Strom wird und muss genau zu dem Zeitpunkt erzeugt werden, zu dem er gebraucht wird – nicht mehr und

nicht weniger. Das ist nicht eine Frage der Genauigkeit von Tagen oder Stunden, sondern von Minuten und Sekunden.

Als Unternehmen erzeugen wir etwa 10 % des in Deutschland benötigten Stroms, und wir sind darüber hinaus – und das gilt auch für Großkrotzenburg und Umgebung – der drittgrößte Fernwärmeerzeuger in diesem Land.

Unsere Energie hat auch viele Gesichter bei dem Thema Verantwortung. Wir sind und wir fühlen uns verantwortlich dafür, dass in Deutschland eine umweltschonende und eine stabile Stromversorgung sichergestellt werden kann. Sie sehen hier auf der Karte die Standorte in Deutschland, an denen sich unsere Mitarbeiter um diese Aufgabe kümmern und diese Verantwortung als Unternehmen wahrnehmen. Wir investieren auch im Ausland, wie Sie vielleicht der Presse entnommen haben, aber Deutschland muss ein Stromerzeugungsstandort bleiben.

Die Herausforderung der Zukunft, vor der wir stehen und zu der auch dieses Vorhaben hier gehört, ist – Herr Staatsminister Dietzel hat es angesprochen –: Kraftwerke werden nicht gebaut, weil es vielleicht schön oder gerade passend ist, sondern weil sie benötigt werden. In diesem Land werden Kraftwerke stillgelegt. Die Grafik soll Ihnen zeigen, dass in den nächsten Jahren bis 2020 fast 40 % dessen, was Stromerzeugung in Deutschland ist – den Kernenergieausstieg unterstellt –, stillgelegt werden wird. Stromversorgung ohne Kraftwerke ist nicht vorstellbar. Wir haben die Verantwortung, für die Gesellschaft, für dieses Land sicherzustellen, dass Energie verfügbar ist. Die Kraftwerksleistung, die in Deutschland stillgelegt wird, muss ersetzt werden. Es geht hier nicht um Wachstum, es geht hier um die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit.

Diese zukünftigen Vorhaben müssen in den Rahmenbedingungen stattfinden, die in diesem Land und in Europa für die Energieversorgung gelten. Das ist die Wirtschaftlichkeit, das ist die Versorgungssicherheit, und das ist die Umweltverträglichkeit. Diese drei Ziele sind seit langer Zeit die Herausforderung und die Aufgabe für die Energieversorgung, und diese Ziele sind jederzeit in eine angemessene und das Ziel sichernde Balance zu bringen. Der Klimaschutz ist dabei heute mit ganz besonderen Herausforderungen versehen, um für die Zukunft auch der Generation unserer Kinder zu sorgen.

Als Konzerngesamt haben wir uns dazu sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir haben für die Zeit von 1990 bis 2030 das Ziel, die CO₂-Emissionen pro erzeugter Kilowattstunde in unserem Konzerngesamt – das gilt also nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa in den Bereichen, in denen wir tätig sind – um 50 % zu reduzieren. Dies ist eine sehr herausfordernde Aufgabe und nur mit äußersten Anstrengungen zu schaffen. Dazu ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket zu realisieren. Dazu gehört auch, dass wir uns in erneuerbaren Energien engagieren. Diese sind langfristig ein wesentlicher Teil der Zukunft der Energieversorgung. Der Konzern möchte bis 2010 3 Milliarden € in Windkraft, Biogas und andere regenerative Energieträger investieren. Aber das allein wird nicht reichen.

Wir müssen auch bei den fossilen Energieträgern weiterhin auf Klima schützende Einsätze achten, da es ohne diese nicht gehen wird. Langfristig jedoch setzen wir große Hoffnungen darauf, dass es gelingen wird, CO₂-Abscheidung im Prozess der Kohleverstromung zu realisieren. Aber diese Technologie ist heute und in den nächsten zehn Jahren noch nicht industriell verfügbar. Also brauchen wir in der Zwischenzeit Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht werden.

Das Stichwort dazu heißt Modernisierung. Die Herren Minister haben das vorhin auch schon erwähnt. Wenn wir moderne Kraftwerke bauen, neueste Technologie einsetzen, Umweltschutz ernst nehmen und uns um die Möglichkeiten der Technik kümmern, diese Belastungen für die Umgebung und für die Umwelt generell zu reduzieren, dann können wir damit erhebliche Fortschritte realisieren. Modernisierung heißt: Neue Kraftwerksblöcke stoßen weniger CO₂, weniger Umweltschadstoffe aus als alte. Sie sind effizienter, wie man kurz sagt. Als Unternehmen sind wir angetreten, in Deutschland nach dem jetzigen Stand fünf neue Kraftwerke zu bauen, um diese Modernisierung sicherzustellen.

Auf der anderen Seite aber gehört dazu auch die Frage des Ersatzes. Wie viel Ersatz wird geleistet? Wir werden bis etwa 2015 16 alte Kraftwerksblöcke stilllegen. Auch in dieser Region ist es noch nicht lange her, dass unser Unternehmen bzw. ein Vorgängerunternehmen ein Kraftwerk in Aschaffenburg stillgelegt hat, und zwar ersatzlos. Wir reduzieren damit langfristig den CO₂-Ausstoß deutschlandweit und können – das zeigt auch das Beispiel Staudinger – trotzdem sicherstellen, dass die Energieversorgung aufrechterhalten bleibt und auch eine Konzentration möglich ist, um mehr Versorgung von einem Standort aus zu machen und damit die Zahl der Standorte zu reduzieren.

Die Neubauvorhaben sind damit ein umweltfreundlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit. Wir können Klimaschutz und Sicherheit der Versorgung in einem Schritt erreichen.

Das Besondere ist der Standort Staudinger für uns. Der Standort hat den großen Vorteil, dass die Nähe zum Verbraucher gesichert bleibt. Es ist nämlich nicht beliebig, wo ein Kraftwerk steht. Steht es weit weg davon, wo die Verbraucher sitzen – wir als Bürger, die Energie benötigen –, die Industrie und das Gewerbe, das ebenfalls Energie benötigt, dann müssen wir Leitungen bauen. Auch das ist etwas, was unsere Umwelt beeinträchtigt, und keine Zielsetzung, die die Menschen im Lande begeistern wird. Aber wir sind nahe beim Verbraucher im Rhein-Main-Gebiet. Wir haben gut ausgebildetes, hoch qualifiziertes Personal. Die Umgebung um Großkrotzenburg herum hat eine hervorragende Infrastruktur und wird durch diesen Kraftwerksbetrieb auch unterstützt. Es ist ein Standort vorhanden, der viele Dinge zur Verfügung stellt, die die Wirtschaftlichkeit und damit auch die Zukunftssicherheit unterstützen.

Darüber hinaus leistet eine solche Zukunftsmaßnahme einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Hessen. Das Kraftwerk ist ein Wirtschaftsfaktor nicht nur im Betrieb, sondern natürlich auch in der Bauphase, und – das ist mir sehr wichtig – es bietet die Mög-

lichkeit, die jetzige Fernwärmeversorgung auszubauen und diese auch großräumig in der Region rund um das Kraftwerk zur Verfügung zu stellen. Erforderlich dazu ist aber, dass wir auch kommunale Partnerschaften entwickeln und neue anfangen können, die es möglich machen, dass diese Fernwärme auch zum Kunden, zum Industriebetrieb oder in das Wohnhaus, kommen kann. Wir sind dazu bereit. Der wesentliche Punkt ist – ich habe das eingangs gesagt – die Modernisierung der Energieversorgung.

Das Kraftwerk Staudinger ist für uns ein ausgewählter Ort.

(Heiterkeit [wegen der Folie])

Ich weiß, dass die Situation hier vor Ort nicht einfach ist. Deswegen stehen wir ja auch hier. Ich weiß um die Betroffenheit von Ihnen, von den Menschen hier, und ich erfahre das auch sehr persönlich jeden Tag. Ich bin viele Male in diesem Jahr hier gewesen, habe mich der Diskussion gestellt,

(Zuruf: Bei uns nicht!)

und mir liegt der Standort hier sehr am Herzen. Deswegen ist Staudinger ein guter und ein sehr gut ausgewählter Standort – nach dem Motto: Die am meisten geliebten Söhne und Töchter sind manchmal nicht die einfachsten.

Die Einzelheiten des Standorts und des Vorhabens wird Ihnen jetzt Herr Kaufhold vorstellen.
– Vielen Dank.

(Beifall, Buhrufe und Pfiffe)

Edgar Kaufhold:

Sehr geehrter Minister Rhiel, sehr geehrter Minister Dietzel, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde heute schon an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass der Klimawandel von uns allen Reaktionen erwartet und dass wir Beiträge dazu leisten müssen, CO₂ einzusparen und Energie effizienter einzusetzen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Grund, weswegen sich die Mannschaft im Kraftwerk Staudinger und die Verantwortlichen darüber Gedanken gemacht haben und beschlossen haben, diesen Kraftwerksstandort zu modernisieren. Es geht hier darum, einen neuen Block zu bauen und alte, ineffiziente Blöcke zu ersetzen. Das wurde bereits im letzten Jahr dem Regierungspräsidium verbindlich mitgeteilt.

Das bedeutet automatisch, dass mit Beginn des Jahres 2013 die Betriebsgenehmigung für die Kraftwerksblöcke 1, 2 und 3 am Standort in Großkrotzenburg erlöschen. Es ist vorgesehen, einen neuen Block zu bauen, der effizienter, sparsamer mit Energie umgeht und der weniger CO₂ als die alten Blöcke erzeugt, damit wir, wie es die EU von uns fordert, in der

Lage sind, 2020 20 % weniger CO₂ zu emittieren. Dazu wollen wir das Kraftwerk modernisieren.

Sie sehen hier auf diesem Bild auch – das wurde heute Morgen schon einmal dargestellt –, dass die Erweiterung bzw. die Modernisierung auf dem vorhandenen Kraftwerksgelände stattfindet. Dieser heute offene Kohlenlagerplatz soll der spätere Standort sein für den neuen, modernen Block, für Staudinger 6. Dazu haben wir bereits im Vorfeld 2004 mit Planungen begonnen, dort ein neues Kohlenlager zu errichten, wofür es ein separates Genehmigungsverfahren gibt und wozu es auch ein regionales Raumordnungsverfahren gab. Es wurde ein Abweichungsantrag von der Gemeinde Großkrotzenburg zur Erweiterung der Kraftwerksfläche gestellt, und diesem wurde im Juli 2006 von der Regionalversammlung zugestimmt.

Heute sind wir dabei, die für die entsprechenden Maßnahmen notwendigen Teilschritte zu gehen, z. B. hier an dieser Stelle den Hochwasserüberschwemmungsraum vorzubereiten. Dafür bedurfte es eines separaten wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Das hat stattgefunden. Diese Maßnahme wird ausgeführt, und sie soll im August abgeschlossen werden. Wir werden jetzt mit der Grundwassersanierung beginnen. Der eine oder andere von Ihnen weiß, dass dort durch die Amerikaner Kohlenwasserstoffe in das Erdreich eingetragen worden sind. Wir werden dort an dieser Stelle Grundwasser- und Bodensanierung mit dieser Baumaßnahme durchführen.

An diesem Chart hier hinter mir sehen Sie auch, dass von uns vorgesehen ist – was heute Morgen auch schon angesprochen worden ist –, eine länderübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Aufgrund Ihres Wunsches haben wir die Anzahl der Vorbelastungsmessstellen erweitert, um zusätzliche Klarheit und Transparenz zu schaffen. Wir werden den Genehmigungsantrag im Dezember einreichen. Diese Unterlagen werden dann öffentlich – auch wieder länderübergreifend – ausgelegt werden, und es wird einen öffentlichen Erörterungstermin etwa im Juli 2008 geben. Im November 2012 ist die Inbetriebnahme des Blocks 6 geplant.

Dieser Block wird CO₂ einsparen. Er wird weniger Emissionen verursachen als die Blöcke 1, 2 und 3. Ein wesentlicher Punkt, um diese Effektivität herzustellen, ist die Steigerung des Wirkungsgrads dieses Blocks. Der Wirkungsgrad wird bei 46 % liegen. Altanlagen, die wir im Kraftwerk Staudinger stilllegen werden, haben einen Wirkungsgrad von 38 %. Dieser Block wird entsprechend dem Stand der Technik gebaut. Es wird der modernste Block an dieser Stelle sein. Er wird relativ hohe Dampfparameter haben – 600 Grad Temperatur, 285 Bar Druck –, um diese Wirkungsgradsteigerung erreichen zu können.

Es wurde heute Morgen auch schon angesprochen, dass wir in der Lage sind, hier zusätzlich Kraft-Wärme-Kopplung zu betreiben, um weiterhin CO₂-Einsparpotenziale aufzuzeigen und auch effizienter mit der Energie umzugehen. Die ganze Maßnahme wird ein Invest von ca. 1,2 Milliarden € haben.

Hier im Hintergrund sehen Sie jetzt das von uns genutzte Gelände, und Sie sehen hier schraffiert den Raum, wo heute die vorbereitenden Maßnahmen für den Kohlenlagerplatz beginnen. Sie sehen hier im Anschluss an diese schraffierte Fläche den Bereich, wo wir die Hochwasserüberschwemmungsräume schaffen, und Sie sehen auf der anderen Seite dieses durch den Main eingegrenzte Gebiet und unseren – in der Infrastruktur bereits heute vorhandenen – Hafen.

Sie wissen auch, dass es hier einen sehr großen Netzknoten gibt, der es ermöglicht, zukünftig die Leistung dieses Blocks abzutransportieren. Das ist immer ein entscheidender Punkt, wenn es um die Frage geht, an welcher Stelle man ein Kraftwerk errichtet. Hier bedarf es keiner zusätzlichen Erweiterung der Infrastruktur, um diesen Stromtransport von Großkrotzenburg in das Umfeld zu bewerkstelligen.

Auf dem nächsten Bild möchte ich Ihnen einen detaillierteren Überblick darüber geben, wo die Kohlenlager gebaut werden. Ursprünglich – diese Kohlenlager sind jetzt nebeneinander angeordnet – war unsere Planung, sie übereinander anzuordnen. Wir haben im Zuge des Raumordnungsverfahrens, das wir durchgeführt haben, und im Dialog mit unserer Nachbarschaft, gerade mit den Vertretern aus Hanau, erkannt, dass denen die Lage dieser Gebäude zu nahe war, und wir haben uns dann entschlossen, das umzuplanen, so wie Sie es hier auf diesem Plan sehen. Damit möchte ich nur kurz darauf hinweisen, dass wir bereit sind, einen Dialog mit Ihnen zu führen und dessen Ergebnisse auch umzusetzen, wenn es technisch machbar und sinnvoll ist.

Sie sehen hier auf diesem Plan, dass wir zusätzlich im Kraftwerk die Infrastruktur erweitern. Diese blauen Linien stellen zusätzliche Maßnahmen dar, wo wir neue Bahnanlagen in diesem Kraftwerk bauen, um zukünftig an diesem Standort z. B. die sehr oft angesprochene Situation des Transports von Reststoffen, von Betriebsstoffen durch Lkws langfristig abzubauen. Hier geht es darum, eine Verlagerung dieser Stoffe auf die Schiene und teilweise auch auf den Wasserweg zu erreichen. Sie erkennen auf diesem Bild auch, dass die Infrastruktur vorhanden ist, Kohle per Schiff und per Bahn anzuliefern. Heute ist es so, dass wir ca. 70 % des Brennstoffs per Schiff und ca. 30 % per Bahn bekommen. Geplant ist, dieses Verhältnis auch in Zukunft beizubehalten.

Von Ihnen sind heute Morgen eine ganze Reihe von Themen angesprochen worden, z. B. die Frage: Welche Auswirkungen hat dieser Neubau, der hier entsteht? Sie alle haben gewisse Probleme mit diesem Projekt, das wir Ihnen heute hier vorstellen. Wir stellen es nicht nur heute vor, sondern wir sind schon seit zwei Jahren dafür unterwegs und wollen es heute an dieser Stelle gerne noch einmal vorstellen.

CO₂ – das wurde heute Morgen auch schon von Vorrednern von mir gesagt – ist ein Thema, das global wirkt. Dieses CO₂ spielt sich in der Atmosphäre ab. Es ist kein Thema, das regionale Bedeutung hat. Aber es beeinflusst unser Leben dennoch, und deshalb geht es auch

darum, CO₂ zu reduzieren. Das heißt, man muss lokal handeln, um überregional oder global Erfolge zu erzielen, wenn es um CO₂ geht.

(Zuruf: Fangen wir hier an!)

– Das tun wir. Deshalb bauen wir hier eine Anlage mit einem Wirkungsgrad von 46 % und ersetzen Altanlagen mit einem Wirkungsgrad von 38 %. Dementsprechend können wir den spezifischen CO₂-Ausstoß um 20 % reduzieren. Das ist genau das, meine sehr verehrten Damen und Herren, was die EU von uns erwartet und was auch in dem 8-Punkte-Programm der Bundesregierung enthalten ist, nämlich alte Kraftwerke durch neue zu ersetzen, die weniger CO₂-Ausstoß haben. Das ist der entscheidende Beitrag, den wir mit unserem Investitionsvorhaben hier in der Region leisten: Altanlagen abschalten, Neuanlage bauen, weniger CO₂ erzeugen.

Es ist klar – das wird uns immer wieder auf der einen oder anderen Veranstaltung, an der wir teilnehmen, erzählt –, dass der CO₂-Ausstoß hier lokal größer wird. Aber das ist genau der Punkt: Wenn wir das Thema Klimawandel, Klimaschutz betreiben, müssen wir lokal handeln und überregional denken. Wenn es der Markt von uns verlangt und wenn Sie es als Verbraucher fordern, sind wir mit der Neuanlage Staudinger 6 in Verbindung mit den Blöcken 5 und 4 am Standort in der Lage, 75 % mehr an Strom pro Jahr zu produzieren, erzeugen dabei aber weniger CO₂, als wir das mit dem alten Anlagenpark oder mit Altanlagen insgesamt machen. Das bedeutet: Wenn dieser Block so eingesetzt wird, dass er seine maximale Arbeit leisten kann, ist man in der Lage, global 1,6 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen.

Ein weiterer Punkt wurde heute Morgen auch schon einmal angesprochen: weitere Effizienzsteigerung dieses Blocks durch Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Kraft-Wärme-Kopplung ist auch im Munde vieler, wenn es darum geht, effizienter mit Energie umzugehen. Oftmals steht der Gedanke im Hintergrund, dass man kleine Anlagen bauen muss. Aber das ist nicht so. Das geht genauso mit Großanlagen. Auch hier kann man die Kraft-Wärme-Kopplung effizient betreiben. Gerade für ein Gebiet wie das Ballungsgebiet Rhein-Main ergibt sich meiner Meinung nach eine ganze Menge an Synergiepotenzial, das man hier ausschöpfen kann.

Ich möchte Sie auffordern: Gehen Sie in den Dialog mit uns. Suchen Sie Lösungswege, wie man Energie sparen kann, wie man die vielen kleinen Kamine, die wir zu Hause betreiben, unter Umständen durch ausgekoppelte Wärme aus diesem Kraftwerk Staudinger ersetzen kann, um einen Beitrag sowohl in Richtung CO₂-Reduzierung als auch in Richtung Ressourcenschonung als auch in dem Bereich der Umweltverbesserung in unserer direkten Umgebung hier im Rhein-Main-Gebiet zu leisten.

Ein weiterer Punkt wird in diesem Projekt sehr oft sehr kritisch betrachtet. Dafür, das kann ich hier auch sagen, habe ich volles Verständnis, denn ich bekomme aus meinem direkten Umfeld, von meiner Schwiegertochter oder auch von meiner Schwägerin die Frage gestellt: Wie soll hier der Enkel oder der junge Sohn denn zukünftig in dieser Region mit diesem gro-

ßen Projekt leben? Welche Auswirkungen hat das auf die Gesundheit? Die Emissionen, die von dem Kraftwerk ausgehen, sind das in Zukunft mehr oder weniger Emissionen? Diese Diskussion haben wir schon an mehreren Stellen geführt. Wir haben wahrgenommen, dass die Leute durch dieses Neubauprojekt keine zusätzliche Emissionsbelastung in dieser Region haben wollen. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Heute Morgen wurde schon einmal angesprochen, dass man die bestverfügbare Technik hier in dieser Region einsetzen muss, um das Projekt zu realisieren. Das ist in unserem Projektansatz enthalten. Das wollen wir tun.

Das möchte ich Ihnen ganz kurz noch einmal an diesem Tableau zeigen. Sie sehen hier auf der linken Seite die heute zulässigen, genehmigten Emissionen. Sie sehen dann in der dritten Spalte, graublau hinterlegt, die heutigen von uns verursachten Emissionen. Sie können feststellen, dass es hier sehr große Abweichungen gibt, wenn Sie sich die SO₂-Emissionen, die NO₂-Emissionen oder auch die Staubemissionen anschauen. Beim SO₂ emittieren wir heute nur ungefähr ein Drittel dessen, was wir emittieren dürften. Das zeigt, dass wir unsere Verantwortung gegenüber der Region schon immer ernst genommen haben, und das soll ein Beweis dafür sein, dass wir diese Verantwortung auch weiterhin so ernsthaft wahrnehmen werden und uns bemühen werden, im Emissionsverhalten wesentlich besser zu sein, als der Gesetzgeber von uns fordert.

Im Zusammenhang mit der bisherigen Diskussion um dieses Projekt wurden auch relativ hohe Schadstofffrachten genannt. Diese finden Sie hier in der zweiten Spalte. Das sind die Zahlen, mit denen wir geprüft haben – wie es auch hier von den Ministern schon angedeutet worden ist, dass man, wenn man ein solches Verfahren macht, diese Frage erst einmal prüfen muss –, ob dieses Verfahren auch genehmigungsfähig ist. Das haben wir mit den im Bundes-Immissionsschutzgesetz vorgegebenen maximal zulässigen Konzentrationen bei maximalen Betriebsstunden getan und diese hohen Frachten errechnet. Dann haben wir mit diesen Frachten eine Emissionsprognose gemacht, um die Umweltverträglichkeit zu prüfen. Selbst mit diesen hohen Zahlen hat sich herausgestellt, dass unser Projekt genehmigungsfähig ist. Aber das ist nicht der Punkt, auf dem wir uns ausruhen wollen und der gegenüber Ihnen als Argument dienen soll, dass wir diese Anlage bauen können und bauen wollen. Sondern wir haben uns dazu „committed“, dass wir trotz der Tatsache, dass wir die Stromerzeugung hier an diesem Standort steigern wollen und können, in der Lage sind, mit der heute bestverfügbaren Technik, die natürlich sehr viel Geld kostet, aber das wir auch einsetzen wollen, Lebensqualität im Rhein-Main-Gebiet zu schaffen und dem Erfordernis Rechnung zu tragen, dass das Leben der Menschen, von Tieren und auch der Vegetation hier in diesem Raum durch das Kraftwerk nicht gestört wird. Das ist unser Ansatz, und dafür stehen diese Zahlen, die wir hier eingetragen haben. Das ist unser künftiges Emissionsniveau, das wir nicht überschreiten wollen.

Es gab hier aus der Region die Forderung: Dann teilt uns das bitte mal verbindlich mit! Dazu sind wir gerne bereit. Wir gehen aber auch gerne noch ein Stück weiter und sagen: Wir er-

klären gegenüber dem Land, gegenüber der Genehmigungsbehörde und gegenüber Ihnen als Bürgern in dieser Region, dass wir das ernst nehmen und uns auch dieser Verantwortung stellen, indem wir das in die Genehmigung mit aufnehmen und dort festschreiben und uns nachher auch zu diesen Zahlen bekennen und diese zu verantworten haben. Wir scheuen uns davor nicht, weil wir glauben, dass wir wirklich die beste Technik einsetzen, die es heute gibt, und – ein anderer wesentlicher Punkt – weil wir motivierte, qualifizierte Mitarbeiter haben, die bisher immer dazu beigetragen haben, hier in dieser Region umweltverträglich Strom zu erzeugen. Das wollen wir auch in Zukunft tun. – Vielen Dank.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Kaufhold, vielen Dank, Herr Dr. Luge.

Ich würde gerne, bevor ich die Rückfragen- und Äußerungsrunde eröffne, mir einen Überblick verschaffen, wie viele Äußerungen ich in den nächsten zwei Stunden, die wir jetzt noch haben, zu erwarten habe. Hier oben liegen schon ein paar informelle Anmeldungen. Ich möchte die Wortmeldungen auch ein bisschen hierarchisieren.

Ich bitte jetzt die eingeladenen Gäste in den ersten Reihen um Handzeichen, wer sich zum Thema Vorhaben heute Vormittag äußern möchte. Ich frage jetzt noch nicht für heute Nachmittag. Wenn Sie Verfahrensfragen haben, dann möchte ich Sie auf den Nachmittag vertrösten. Dort haben wir noch einmal zwei Stunden zur Verfügung. – Das ist eine ganze Menge von Wortmeldungen zum Thema Vorhaben. Jetzt schlage ich vor, dass diejenigen, die das Handzeichen gegeben haben, noch einen Moment sitzen bleiben. Herr Wagner und Frau Debus werden Ihre Namen aufnehmen – außer denen, die informell Ihren Zettel schon hier vorne abgegeben haben und die wir schon aufgenommen haben.

Die anderen haben 15 Minuten Pause, damit wir das organisieren können. Das ist jetzt sozusagen eine kleine Austrittspause für Sie, und wir arrangieren jetzt die Redebeiträge. Etwa um 10:35 Uhr sehen wir uns hier gemeinsam wieder. – Danke.

(Unterbrechung von 10:25 bis 10:42 Uhr)

Moderator Roland Strunk:

Die Pause ist vorüber. Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein, damit wir weitermachen können. Die Zeit ist knapp, wie Sie wissen.

Wir haben jetzt insgesamt 20 Wortmeldungen, teilweise mit Funktion und Zuordnung. Das macht es mir leichter, Sie sozusagen institutionell – von oben nach unten – einzubinden. Es ergibt sich ein Durchschnitt von 5 Minuten pro Wortbeitrag. Wenn wir das nicht schaffen, kann ich nur sagen: Wir haben noch den ganzen Nachmittag vor uns. Wir wollen den Vormit-

tag nicht überstrapazieren. Das Thema Verfahrensfindung ist ein Schwerpunkt der Veranstaltung heute Nachmittag.

Mit den Vertretern des Landtags, der Kommunen und Landkreise suche ich jetzt Augenkontakt, weil sich die Bürgerinitiative mit einem kleinen Kompaktbeitrag angemeldet hat. Dieser soll eine Art Entgegnung auf den Vortrag von E.ON darstellen, der der Bürgerinitiative zu lang erschien.

(Beifall)

Wir haben es hier mit einer Anhörung zu tun, und ich darf einmal kurz bilanzieren: Wir haben insgesamt eine Dreiviertelstunde Redebeiträge gehabt, und eindreiviertel Stunde ist Ihre Zeit heute Vormittag. Heute Nachmittag ist das Verhältnis eine halbe Stunde Redezeit und zwei Stunden Anhörung. Das heißt, eineinviertel Stunde hier vorne auf der Bühne stehen dreidreiviertel Stunden für Sie gegenüber. Ich glaube nicht, dass das ungleichgewichtig ist.

Das Einverständnis der Vertreter der Kommunen vorausgesetzt, würde ich jetzt gerne, um auch ein bisschen Luft herauszunehmen, Herrn Schwab-Posselt von der BI Hainburg um seinen Beitrag bitten.

(Zuruf: Haben Sie eine Liste?)

– Ja, ich habe eine Liste.

(Zuruf: Würden Sie die mal bitte vorlesen?)

– Anschließend sprechen in folgender Reihenfolge: Frau Dr. Pauly-Bender, Frau Hammann, Herr Kaufmann, Herr Dr. Reuter, Frau Jäger, Herr Pipa, Herr Kaminsky, Herr Engel, Herr Bressel, Herr Scharwies, Herr Störk, Herr Bicherl, Herr Ruf, Herr Schmidt, Herr Limbach, Herr Hollerbach, Herr Thorwald,

(Heiterkeit)

– Entschuldigung, Herr Thorwald Ritter – alle kennen ihn, wunderbar! –, Frau Walter und Herr Dr. Freund.

Herr Schwab-Posselt, bitte.

Winfried Schwab-Posselt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen irritiert über die Reihenfolge der Beiträge, wie sie von der Moderation hier festgelegt worden ist. Wir haben vonseiten der Bürgerinitiativen – es sind ja insgesamt 12, die 21.000 Menschen mit ihrer Unterschrift, die sie uns gegeben haben, repräsentieren – dem Moderator deutlich gemacht, dass wir als Ge-

genpart zu dieser E.ON-Präsentation gerne eine kleine Präsentation zu Beginn zeigen wollen, damit das Gleichgewicht der Kräfte im Saal gewahrt bleibt

(Lebhafter Beifall)

und damit diese Veranstaltung nicht einseitig zu einer PR-Veranstaltung, zu einem PR-Event von E.ON wird. Deswegen meine Bitte, dass Rolf Wich möglichst gleich hier die Möglichkeit hat, diese kleine Präsentation als Gegenpart zu E.ON zu zeigen.

(Beifall)

Ich werde meinen Beitrag daher relativ kurz halten. Es geht um die favorisierte Lösung, die vor Kurzem aus dem Hause E.ON gekommen ist, um dieses cleane Kraftwerk, dieses CO₂-freie Kraftwerk, von dem in den Chefetagen der E.ON-Energiekonzerne geträumt wird.

Ich darf dazu kurz bemerken, dass diese Technologie frühestens in 15 bis 20 Jahren Realität sein wird, wenn überhaupt. Diese Zeit haben wir nicht mehr, wenn wir den Klimabericht der Weltklimaforscher uns vor Augen halten. Deswegen denke ich, es gibt einige gravierende Aspekte, die man im Zusammenhang mit dieser CO₂-Abscheidung benennen muss.

Für diejenigen im Saal, die darüber wenig Bescheid wissen: Geplant ist, dass man das Kohlendioxid abscheidet und unterirdisch speichert. Die Argumente, die dagegen sprechen, sind zum einen die noch nicht reife Technologie. Zum andern ist die Frage, ob der Standort Staudinger überhaupt nachrüstbar ist. Dahinter muss ein ganz großes Fragezeichen gesetzt werden.

Ein weiteres Argument: Wo, bitte schön, soll denn dieses Kohlendioxid unterirdisch deponiert werden? In Deutschland haben wir sehr wenig Lagerkapazitäten. Der Traum ist, dass es Richtung Niedersachsen durch Rohre transportiert wird. Wir haben errechnet: Wenn das alles so Realität werden würde, würden die Strompreise um 50 bis 70 % steigen. Das ist eine sehr kostenintensive Technologie, die da favorisiert wird, und die Zeche dabei bezahlen letztendlich wir als Stromkunden.

Ferner gilt es zu bedenken: Es gibt gravierende Sicherheitsaspekte, die dabei eine Rolle spielen. Sicherheitstechnisch ist überhaupt noch nicht erforscht, ob es machbar ist, diese vielen Tonnen CO₂ unterirdisch zu lagern. Auch das ist noch mit einem großen Fragezeichen versehen.

Außerdem denke ich, diese CO₂-Abscheidung würde bedeuten, dass da keine einzige Tonne Kohle weniger eingesetzt werden müsste. Im Gegenteil, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat sogar ausgerechnet, dass da ein deutliches Mehr an Kohle verbrannt werden muss, weil dieser Abscheidungsprozess sehr energieintensiv ist. Es fällt eigentlich noch mehr Kohleverbrennung in diesen Prozessen an. In Neurath z. B. soll ein riesiges Braunkohlekraftwerk entstehen, das Frau Merkel mit Sektanstoß eingeläutet hat. Da haben

wir ausgerechnet: Mit dieser CCS-Technologie kommen wir auf 3,9 Millionen Tonnen Kohle, die dort verbrannt werden. Ohne diese CCS-Technologie wären es in Neurath 2,7 Millionen Tonnen.

Ich denke, das alles ist eine Klimapille, die uns als Placebo verabreicht werden soll. Diese Technologie der CO₂-Abscheidung und unterirdischen Speicherung ist überhaupt nicht machbar. Ich denke, es ist ein Traum, ein Märchen.

Deswegen lautet für uns die Parole: Kohlendioxid vermeiden statt vergraben.

(Beifall)

Die Kohle kann niemals klimafreundlich genutzt werden. Das ist ein Märchen. Alle, die uns das weismachen oder suggerieren wollen, haben wirklich die Qualität eines Märchenerzählers.

Die Industrie, die Energiewirtschaft darf – das ist mein Appell an die hier versammelte Runde – die künftigen Generationen nicht mit weiterem Kohlendioxid belasten. Wir müssen verstärkt in die erneuerbaren Energien investieren. Alles andere, die unterirdische Deponierung von CO₂, wäre aufwendig. Das müsste über Jahrhunderte überwacht werden ähnlich wie das, was bei den Atomkraftwerken anfällt. Das ist mit uns nicht machbar. Wir favorisieren eine Lösung jenseits von Kohle und Atom.

(Anhaltender lebhafter Beifall und Bravorufe)

Moderator Roland Strunk:

Das war jetzt nicht ganz absprachegemäß. Ich hatte eigentlich einen Vortrag von Herrn Wich erwartet. Würden Sie diesen Vortrag jetzt bitte dazwischenschieben. Es ging eigentlich um Einzelwortmeldungen. Jetzt haben Sie sich zu zweit hier dazwischengemogelt.

(Beifall)

Aber ich lasse es noch mal zu. Können Sie die Präsentation dazu abfahren, Herr Wich? Aber bitte in aller Kürze.

(Widerspruch – Zurufe: Nein! – Zuruf: Gleiches Recht für alle!)

– Es geht hier im Moment gar nicht um das Podium, sondern es geht um die Beiträge der anderen Redner, die sich ordnungsgemäß angemeldet haben. Ich habe erlaubt, dass die Bürgerinitiative denen vorangestellt wird. Ich denke, das erlaubt nicht zwingend einen Protest.

Herr Wich, bitte.

Rolf Wich:

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön, vor allem an Herrn Lortz, der es ermöglicht hat, dass heute diese Regierungsanhörung stattfindet, und auch an die Minister, die sich die Zeit genommen haben, hierherzukommen, und an Sie, liebe Gäste, die hier informiert werden wollen.

Mein Name ist Rolf Wich. Vielleicht hat meinen Namen der eine oder andere schon einmal gehört. Meine Vita, mein Lebenslauf ist nicht so groß und nicht so lang wie der des Herrn Luge. Ich bin ein ganz kleiner Ingenieur. Aber ich habe – das will ich Ihnen sagen – ein riesengroßes Kämpferherz.

(Beifall)

Ich kämpfe hier für meine Heimat.

Ich möchte Ihnen kurz meine Präsentation zeigen. Sie werden glauben: Es kann nicht sein, dass man die gleiche Sache völlig anders sehen kann. Ich will es Ihnen beweisen.

Schadstoffsenkung à la E.ON: Das ist eine kleine Mathematikaufgabe. Hier hinten stehen die Werte, die E.ON als Selbstverpflichtung genannt hat. Wie gesagt, es ist eine kleine Rechenaufgabe. Man hat hier 7.810 Betriebsstunden angegeben. Man hat aber mit 5.000 Stunden gerechnet. Damit ergibt sich eine Differenz in der NO₂-Belastung von sage und schreibe 1.000 Tonnen. Zusammengefasst: Man will uns weismachen, dass man das Kraftwerk 7.800 Stunden fährt; aber intern rechnet man mit exakt 5.000 Stunden. So kann man natürlich auch Werte senken. Das ist natürlich unlauter.

Also E.ON rechnet in Block 6 statt mit 7.800 Stunden mit 5.000 Stunden. Das ergibt bei Stickstoff eine Senkung um 1.000 Tonnen. Da muss man sich fragen: Ist das eine Täuschung, oder ist das ein Fehler?

Alle Werte, die nachfolgend zu den Schadstoffen genannt werden, sind von E.ON. Da ist nichts hinzugedichtet und auch nichts weggenommen.

21.000 Menschen haben unterschrieben, 21.000 Menschen sagen Nein zu Block 6. Hier sind die Forderungen. Ich will heute die Stimme für diese Menschen sein, damit sie auch gehört werden.

Wir sagen ganz klar Ja zu einem Raumordnungsverfahren.

(Lebhafter Beifall)

Ich will Ihnen auch die einfachsten Gründe dafür nennen.

Erstens: Wir müssen den Belastungsraum sehen.

Zweitens: Wir haben einen Ausbau statt einen Ersatz.

Drittens: Wir haben die falsche Technik.

Viertens: Wir haben kein Netz für die Fernwärme, die uns versprochen wird.

Und fünftens: Wir haben eine Mehrbelastung.

Das hier ist der sogenannte Immissionsraum. Da werden die Giftstoffe auf uns niedergehen. Er erstreckt sich von Bruchköbel im Norden bis nach Dudenhofen im Süden, von Heusenstamm im Westen bis hinüber nach Alzenau im Osten. In der Mitte sitzt das Kraftwerk. Wir haben nicht nur das Kraftwerk als Belastung, sondern wir haben darüber hinaus noch die A 3, die B 45 und die B 43 a zuzüglich des Flugverkehrs. Diese Belastungen führen zu 250.000 Flugzeugen pro Jahr und zu 73 Millionen Fahrzeugen pro Jahr, die da durchfahren. Diese 73 Millionen Fahrzeuge erzeugen 5 Millionen Tonnen CO₂.

Dieser kleine Punkt in der Mitte, dieser süße kleine Punkt, den Sie schon oft gesehen haben, ist das Kraftwerk Staudinger. Dieses Kraftwerk will im Jahr 2013 9 Millionen Tonnen CO₂ emittieren und ca. 10.000 Tonnen an Feinstäuben, Stickoxiden, Schwefeloxiden und anderen Giftstoffen auf uns herabschütten. Genau das gilt es zu verhindern.

Sie sehen hier solche Dreiecke. Das sind die Orte mit den höchsten Zusatzbelastungen, wie Sie Herr Knief schon genannt hat. Dort oben, wo die Dreiecke sind, ist die Hauptbelastung: Hanau, Erlensee etc. Das hängt mit der Windrichtung zusammen. Daher macht es auch Sinn, in Hainburg eine Messstation aufzustellen. Das ist nämlich entgegen der Windrichtung. Sie können auch in Alzenau 20 Messstationen aufstellen, Sie können auch in Dudenhofen 20 Messstationen aufstellen. Es nützt nur nichts, weil der Dreck da nicht hinkommt. Das wissen diese Herren ganz genau.

(Beifall)

Belastungsraum: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie heute mit Röntgenbildern aus dem Jahr 1965 kommen, dann wird man Ihnen sagen: „Wir machen neue.“ Das sollte man tun. Auch dieser Belastungsraum hat sich innerhalb der letzten 40 Jahre verändert. Er hat an Einwohnern um 40 % zugenommen, die Zahl der Pkw ist um 540 % gestiegen, und der Flugverkehr hat um satte 580 % zugenommen. Da sollte es erlaubt sein, einfach einmal zu fragen: Ist es genug, oder wollen wir da noch etwas draufpacken? Auch das ist ein Argument für ein Raumordnungsverfahren.

Block 6, Ausbau statt Ersatz: Wir reden stets von einer Erneuerung. Ich zeige es Ihnen. Hier ist der Block 6, und hier sind die niedlichen Blöcke 1 bis 3. Sehen wir uns die Schadstoffe und die Stromerzeugung an: Bezogen auf das Jahr 2006 wird der Block 6 50 % mehr Strom erzeugen. Er wird aber viermal so viel Schwefeloxide, die atemwegreizend sind, in die Region ausstoßen. Die Stickoxide werden um 60 % steigen, und der Feinstaub wird um 75 %

zunehmen. Das sind alles Werte, die uns von E.ON geliefert wurden. Man muss sie nur richtig darstellen. Im Vergleich zum Jahr 2006 wird es im Jahr 2013 zu einer dramatischen Vergrößerung der Belastung kommen.

Das ist auch ein Ersatz. Man glaubt es nicht. Man will uns weismachen, das sei ein Ersatz. Das ist der frontale Blick auf Großauheim, wie es heute aussieht. Hier kommen die beiden Kohlelager hin – einmalig auf der Welt. Herr Kaufhold hat gesagt, er glaubt, es gebe so etwas möglicherweise in China. Das ist beispiellos, was man uns da vor die Nase stellen will. Man muss sich fragen, ob wir die Versuchskaninchen für eine solche Anlage sind. Hier sind die Kohlelager. Das ist das Kesselhaus, und hier fügt sich der Kamin ein – in einer noch nicht gesehenen Dimension. Da kommen die Giftstoffe heraus und auch die Abwärme.

Technik aus dem 18. Jahrhundert: Man verbrennt Kohle. Um Ihnen das zu verdeutlichen: Man verbrennt ein Brikett für die Verluste, und man verbrennt das nächste für die Steckdose. Das ist ein Wirkungsgrad von gerade einmal 46 %. Da sage ich als kleiner Ingenieur: In meiner Firma habe ich da ganz andere Ansprüche. Wenn man von mir etwas fordert, fordert man etwas für die Zukunft und nicht den Erhalt der Vergangenheit.

(Lebhafter Beifall)

Block 6: unerfüllte Wünsche am falschen Standort. Angestrebte Grenzwerte werden von den Lieferanten nicht bestätigt. Man hat etwas eingetragen. Das ist, wie wenn ich sage: Ich möchte mit meinem Auto in zwei Jahren nur noch einen Liter auf 100 km verbrauchen. Genauso macht es E.ON und sagt: Wir werden die Schadstoffe senken. Aber es gibt noch keinen Lieferanten, der das zusagt. Also unerfüllte Wünsche.

CO₂-Abscheidung: Man will CO₂ abscheiden und möchte es nach Niedersachsen bringen. Dort soll es in die Erde gepresst werden. Also mit 400 km langen Pipelines nach Niedersachsen, dort in die Erde pressen – so hat es Herr Rümmler von E.ON selbst gesagt –, um dort die noch vorhandenen Erdölvorkommen zu heben und das CO₂ in der Erde zu lagern. Das ist natürlich aus Sicht von E.ON ein Beitrag zum Umweltschutz. Wir sehen das anders. Oder?

(Beifall)

Fernwärme: Wir haben viel Fernwärme. Das ist keine Täuschung. Wir haben hier 3.450 Gigawattstunden Fernwärme. Das sagt Ihnen nichts. Damit können Sie 345.000 Haushalte versorgen. Das ist nahezu so viel wie Kreis Offenbach, Aschaffenburg, Stadt Hanau – ich weiß nicht, wen wir noch alles nehmen könnten. Von dieser Menge wird im Jahr 2013 gerade einmal 5 % gebraucht, weil die Infrastruktur nicht da ist. Man hat sie nicht. Man kann darüber reden, sagte Herr Kaufhold. Aber wir müssten auch die Infrastruktur bezahlen. Die Fernwärme ist diese Region ungeeignet: Einfamilienhäuser. So etwas können Sie im Großraum Paris hinstellen, aber nicht hier.

(Beifall)

Wir haben also, meine sehr verehrten Damen und Herren, 5 % Verwendung und 95 % Verschwendung. Das sind die Fakten zur Fernwärme.

Staudinger 2013 – die Mehrbelastungen gegenüber 2006. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Sie haben gesehen, wie E.ON Reduktionen macht. Wir haben eine Mehrbelastung an SO₂ um 16 %, NO₂ um 16 % und Feinstaub, Gesamtstaub um 36 %. Feinstaub ist hoch gefährlich, weil er lungengängig ist und in die Blutbahn gelangen kann und dort für Erkrankungen sorgt.

Staudinger im Jahr 2013 – das ist recht interessant –: CO₂ – „unser Beitrag zum Umweltschutz“, habe ich da gehört. Gegenüber 4,4 Millionen Tonnen im Jahr 2006 wird man in Zukunft 9 Millionen Tonnen haben. Dies bedeutet einen Anstieg um nahezu 104 % des Kohlendioxids. Man wird mehr Kohle verbrennen, und dadurch wird man auch mehr CO₂ erzeugen. Da ist der Wirkungsgrad, die Effizienz ganz egal. 1 kg Kohle verursacht immer den gleichen CO₂-Ausstoß. Und das ist „unser Beitrag zum Umweltschutz“!

Um Ihnen einmal klarzumachen, was 9 Millionen Tonnen CO₂ sind: 10 m hoch, so hoch wie diese Halle, 1.000 m breit und nahezu 400 km lang müsste der Behälter sein, um dieses CO₂ zu lagern. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Und das ist „unser Beitrag zum Umweltschutz“! Ich zitiere da E.ON.

Moderator Roland Strunk:

Herr Wich, Sie hatten mir 10 Minuten zugesagt.

Rolf Wich:

Es sind noch drei Folien.

Staudinger im Jahr 2013 – das ist auch für die verantwortliche Politik interessant –: Strom für 8 Millionen Menschen, aber Schmutz für 300.000 hier in der Region.

(Beifall)

Hessen hat 6 Millionen Einwohner – nur um einmal die Relation zu zeigen. Im Jahr 2013 9 Millionen Tonnen CO₂ – so viel wie von 3,6 Millionen Pkw. In Hessen sind fast genauso viele Pkw zugelassen. Innerhalb eines Jahres 442 Tonnen Staub – so viel wie von 1,35 Millionen Diesel-Pkw. Wir haben hier einen Belastungskreis, in dem 300.000 Menschen leben. Die Staubbelastung durch Staudinger ist 2013 so hoch, als würde jeder von ihnen hier inklusive ihre Nachkommen und ihre Großeltern gleichzeitig fünf Diesel-Pkw fahren. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Und so etwas will man uns hier zumuten! In ganz Hessen sind gerade einmal 700.000 Diesel-Pkw zugelassen.

Fazit: Wir haben eine Überbelastung der Region.

(Beifall)

Wir haben einen Ausbau statt einen Ersatz. Wir haben die falsche bzw. eine nicht existente Technik. Wir haben kein Netz für die Fernwärme. Und wir haben eine Mehrbelastung – lokal, regional und global.

(Lebhafter Beifall und Bravorufe)

Und damit bin ich bei meiner letzten Folie. Ich bedanke mich, dass ich hier sprechen durfte – besonders bei Ihnen, obwohl Sie so stark intervenieren mussten. Zum Schluss sage ich einfach: Ja zum Raumordnungsverfahren und „Stopp Staudinger“. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Wich.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, bitten, anderen Wortbeiträgen den nötigen Raum einzuräumen. Ich stelle gerade fest, dass, gemessen an der Redezeit, die Waffengleichheit wiederhergestellt ist.

Ich komme jetzt zu den Wortmeldungen aus dem Bereich der geladenen Gäste.

Als Erste Frau Dr. Pauly-Bender. Bitte schön.

(Beifall)

Dr. Judith Pauly-Bender MdL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Strunk hatte keine Chance, meine biographischen Daten vorher zur Kenntnis zu nehmen. Aber mich möchte Folgendes erwähnen: Ich bin in dieser Region seit Beginn meines Lebens. In Hainburg wohnt Verwandtschaft. Ich habe einen Hainburger geheiratet. Wenn ich hier spreche, dann insbesondere als Mensch aus dieser Region, der in ein Parlament kommen durfte und sich Sorgen macht über die Gestaltung dieser Region.

Mein Thema ist jetzt nicht das von Herrn Wich und dem Vorredner von der Bürgerinitiative. Ich möchte mich bewusst nicht auf Verfahrensfragen und auch nicht auf Rechnungen mit CO₂-Werten einlassen, sondern mein Thema ist die Gestaltungsverantwortung für den östlichen Teil des Rhein-Main-Gebiets, weil Ihre Familien und meine Familie nicht im Taunus wohnen wie mancher Manager des Großkonzerns, meine Damen und Herren, sondern wir wohnen hier.

(Beifall)

Ich möchte deshalb fünf Bemerkungen machen.

Vorab eines, damit ich es nicht vergesse: Ich muss im Gespräch mit Herrn Wich bleiben. Ich werde mich natürlich auch dafür interessieren, ob Herr Wich nach Auswertung dieser Veranstaltung seinen Dank an Herrn Lortz und an die Landesregierung noch aufrechterhält.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Den Antrag haben wir doch zwei Tage lang diskutiert!)

– Herr Minister, ich bin Ihnen nicht ins Wort gefallen. Ich möchte gerne meine Ausführungen auch geschlossen machen.

(Beifall und Bravorufe)

Jetzt komme ich zu meinen fünf Bemerkungen.

Erste Bemerkung: Die Pläne zum Ausbau des Kraftwerks Staudinger zu einem Riesenkraftwerk mitten in einem dicht besiedelten Ballungsraum stellen ein abschreckendes Beispiel für Realitätsferne dar. Während die Bundesregierung mit der CDU-Kanzlerin Merkel an der Spitze – Herr Bessel hat das dankenswerterweise erwähnt – ehrgeizige Klimaschutzziele formuliert, legt E.ON mit deutlich erkennbarer Unterstützung der Landesregierung eine monströse Planung auf den Tisch, die diesen Klimazielen ins Gesicht schlägt. Hier soll kurz vor dem klimapolitischen Torschluss ein gigantomanisches Projekt durchgepeitscht werden – ohne Rücksicht auf Verluste und vor allem – hier sind ja einige Bürgermeister und Bürgermeisterinnen versammelt – ganz ohne Rücksicht auf die anliegenden Gemeinden und die Menschen, die dort leben.

(Beifall)

Zweite Bemerkung: Was man den kommunalen Anliegern und vor allem der Gemeinde Hainburg zumuten will, spottet jeder Beschreibung. Hainburg ist schon jetzt durch die Präsenz, und zwar allein durch die visuelle Präsenz, dieses Großkraftwerks schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bereits die vorhandene Anlage stellt für Hainburg im Ranking der regionalen Lebens- und Wirtschaftsstandorte eine schwere Hypothek dar. Die geplanten Bauwerke aber würden die Gemeinde geradezu zerquetschen. Im Schatten des Molochs, meine Damen und Herren, würden Ihre Zukunftschancen schwer beschädigt und weitgehend zerstört mit unabsehbaren ökonomischen und sozialen Folgen für die Menschen. Diese rücksichtslose Planung steht im Dienste einer überholten energiepolitischen Option, die aus dem Gestern kommt und mit der Zukunft der Energieproduktion nichts zu tun hat.

(Lebhafter Beifall)

Wenn das Monstrum aber erst einmal gebaut ist, gibt es für viele Jahrzehnte am Standort kein Zurück. Wer heute nicht Nein sagt, der belastet noch die Enkel der heute lebenden jun-

gen Leute mit einem energiepolitischen Fossil, das noch in Jahrzehnten in einer Weise landschaftsprägend ist und bewirkt, dass regionale Gestaltungskorridore – das sollte hier die kommunale Familie einmal diskutieren – für alternative Wertschöpfungen in den betroffenen Untermainkommunen auf ein halbes Jahrhundert vermauert sind.

(Lebhafter Beifall)

Dritte Bemerkung: Vage und kaum überprüfbare Inaussichtstellungen, die auf die Menge der emittierenden Atemwegsgifte Bezug nehmen, sind hier nicht sachdienlich. Sie sind nichts als weiße Augensalbe, die weder dem Klima noch der Zukunft der kommunalen Gemeinschaft in unserer Region weiterhilft, zumal die Energiekonzerne nicht gerade fürs Worthalten bekannt sind, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall – Zuruf: Genau!)

So war z. B. laut unserer Bundesregierung von der Energiewirtschaft versprochen worden, die Treibhausausstöße bis 2010 um 20 % zu senken. Tatsächlich – davon hat auch Frau Merkel berichtet – hat man diese Emissionen aber um 30 % gesteigert. Devise: Es gilt das gebrochene Wort. Deshalb auch hier bei uns vor Ort Nein zu jedwedem Wechsel auf die Zukunft. Während die großen Energiewirtschaftler arglos vorgehen und überall Wert schöpfen können und an andere Orte weiterziehen können, müssen die ortsansässigen Menschen – wir, Sie, Ihre Familien – die Folgen ihrer übernutzten Heimat im Ballungsraum auf Lebenszeit auskosten.

(Beifall)

Vierte Bemerkung: Die Landesregierung wäre aufgerufen – das ist die Verantwortung der Politik; die Wirtschaft ist mächtig, die Politik ist der Anwalt der Bürger und Bürgerinnen –, sich schützend vor ihre Bürger und ihre Gemeinden und damit das regionale Gemeinwohl Rhein-Main zu stellen, statt kaum verhüllt mit E.ON zu – ich sage das Wort – paktieren und bei jeder Gelegenheit Solidaritätsadressen an die falsche Adresse, nämlich an die Adresse des Unternehmens, abzusondern.

Ein Beispiel, wie es eigentlich sein sollte, stellt der Klartext dar – und das gehört hierher, Herr Wirtschaftsminister –, den der Kandidat der hessischen SPD für das Amt des Energie Ministers, Dr. Hermann Scheer, in einer Erklärung zur Großdemonstration vom 30. Juni gesprochen und veröffentlicht hat, nämlich Nein zu diesem Block 6.

Fünfte Bemerkung: Im Gegenteil, es wird noch nicht einmal ein Minimum dessen geleistet, was man von einer Landesregierung zu erwarten hat. Bis heute besitzen wir noch nicht einmal eine regierungsseitige Garantie dafür, dass das regional erwartete, rechtsstaatlich korrekte Verfahren stattfinden wird und dass sich dieses Verfahren nach den Prinzipien der Fairness vollziehen wird. Noch einmal: Eine Zusage hier und heute wäre wahrlich nicht mehr als das Minimum. Ich möchte hier betonen, dass sowohl die Regierung als auch das Unter-

nehmen dieses Verfahren – dazu braucht man auch keinen Herrn Lortz, weil das nämlich im Gesetz steht - heute beantragen könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Fazit: Die Zeit der Scheinaktivitäten muss endlich enden. Eine klare energiepolitische Kante und eine regionale Gestaltungsverantwortung für das östliche Rhein-Main-Gebiet ist gefragt, nicht eine sogenannte – das sage ich hier auch ganz kritisch, meine Dankbarkeit ist sehr begrenzt – Regierungsanhörung nach dem Motto: Die Region muss zuhören.

(Beifall – Minister Dr. Alois Rhiel: Sie reden doch gerade!)

Moderator Roland Strunk:

Ich möchte gern ein paar Beiträge sammeln und möglicherweise dann auf dem Podium noch ein Feedback einholen.

Jetzt ist Frau Hammann dran. Bitte achten Sie darauf: Jeder, der sich zwei Minuten vom Vordner nimmt, opfert die Mittagspause. Mir soll es recht sein, aber denken daran: Ich kann auch als Moderator die Zeit nicht vermehren. Sie nehmen sie sich selber.

Bitte schön, Frau Hammann.

Ursula Hammann MdL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kaufhold, als ich heute Morgen das Radio eingeschaltet habe, konnte ich feststellen, dass der Hessische Rundfunk diesen Tag dem Klimaschutz gewidmet hat. Ich konnte weiterhin feststellen, dass Konzerte zum Klimawandel stattfinden mit dem Ziel, Klimaschutz zu betreiben. Ich dachte mir, ich fahre zu einer Regierungsanhörung mit dem Inhalt, ein Großprojekt, ein Kohlekraftwerk durchzubringen. Diese Regierungsanhörung soll dazu dienen, diesem Großprojekt den Weg zu ebnen, das nachweislich für die gesamte Region und darüber hinaus – das haben Sie selbst gesagt – global zu großen Belastungen führen wird. Meine Damen und Herren, das ist nicht akzeptierbar.

(Beifall)

Meine Herren von E.ON, Sie haben sich niemals, befürchte ich, die Frage gestellt: Wie hoch ist denn überhaupt der Bedarf? Brauchen wir solche Großkraftwerke mit solchen gewaltigen Schadstoffausstößen? Sie haben in Ihren Planungen überhaupt nicht berücksichtigt, dass die erneuerbaren Energien am Wachsen sind, dass der große Faktor Energieeffizienz künftig eine noch größere Rolle spielen wird als in der Vergangenheit. In Ihren Planungen kann ich leider nur erkennen, dass bei Ihnen der Profit wohl der Punkt ist, für den Sie sich interessieren, der Ihnen am wichtigsten ist.

(Beifall)

Wenn Sie hier die Zahlen darstellen, dann sage ich Ihnen: Ich glaube Ihnen nicht. Ich glaube Ihnen nicht, dass Sie das, was Sie hier an Zahlen präsentiert haben, einhalten werden. Sie werden versuchen, wenn Sie diesen Kraftwerksblock gebaut haben, ihn so zu fahren, dass Sie die größten Einnahmen haben. Das bedeutet: Auf die Umweltauswirkungen wird erst der zweite Blick gerichtet.

Ich frage Sie, nachdem Sie eben nochmals betont haben: „Das hat globale Auswirkungen; es wird so sein, dass die Gesamtheit davon belastet wird“: Warum wollen Sie dann kein Raumordnungsverfahren?

(Lebhafter Beifall)

Wir dürfen nicht nur auf einen Radius von 10 km schauen. Die Belastungen gehen doch weit darüber hinaus. Das heißt doch: Wenn Sie sich selber ernst nehmen, müssten Sie hier und heute an das Pult treten und müssten sagen: Ja, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger werden wir ein übergreifendes Raumordnungsverfahren durchführen, das alle Bereiche umfasst, d. h. die Altbelastungen, ferner das, was von Ihrer Seite aus hinzukommen soll, und natürlich die Alternativenprüfung. Sie könnten heute diesem Verfahren ein schnelles Ende bereiten, indem Sie wirklich das einhalten, was Sie eben gesagt haben: Globale Belastungen müssen betrachtet werden. Deshalb ein raumübergreifendes Raumordnungsverfahren.

(Beifall)

Da ich nicht nur die umweltpolitische Sprecherin unserer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag bin, sondern auch die stellvertretende Vorsitzende des zuständigen Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, haben wir Grünen eine öffentliche Anhörung im Hessischen Landtag zu diesem Thema Staudinger beantragt. Denn wir wollen wissen: Was bedeutet das für die Region? Wir wollen eine Verbesserung im Hinblick auf die jetzige Situation und keine Verschlechterung. Wir wollen durch diese öffentliche Anhörung E.ON dazu zwingen, über Alternativen nachzudenken. Wer heute auf Großkraftwerke setzt und außer Acht lässt, dass dezentrale Energieversorgung wesentlich effizienter ist, meine Damen und Herren, der verschläft das Morgen.

(Beifall)

Wir müssen an Morgen denken. Ich versichere Ihnen: Wir werden zahlreiche Experten zu dieser öffentlichen Anhörung am 13. September in den Hessischen Landtag einladen, um genau das festzustellen. Denn wir wollen eine Entlastung der Region, wir wollen die Arbeitsplätze in der Region, und wir wollen, dass E.ON den Dialog, den Sie immer einfordern, auch wirklich ernst nimmt und das, was hier von der Region gewünscht wird, auch zur Kenntnis nimmt und entsprechende Planungen auf den Weg bringt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Herr Kaufmann, nutzen Sie doch die Zeit des Applauses, um die Bühne zu erstürmen.

Frank-Peter Kaufmann MdL:

Herr Vorsitzender, sehr verehrte Landesregierung, von der ich hoffe, dass sie den Anhörungstermin auch tatsächlich zum Zuhören nutzt, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich brauche nicht alles zu wiederholen, was die Kollegin Hammann gerade gesagt hat. Ich möchte mich ganz besonders der Firma E.ON zuwenden.

Sie haben uns heute schon eine ganze Menge zugemutet, Herr Dr. Luge. Sie sagen, Sie brauchen die zusätzliche Kapazität, da die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, und Sie kommen von der gleichen Firma, die die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke beantragt hat.

(Beifall)

Haben Sie da kein Problem mit Ihrer Glaubwürdigkeit? Ich meine, Sie haben ein massives Problem. Deshalb können Sie heute für Ihre Glaubwürdigkeit sehr viel tun, nämlich indem Sie uns einen schönen einen schönen Sommertag und keine Mittagspause, sondern ein schnelles Ende der Veranstaltung bereiten, indem Sie jetzt hier herreten und sagen: „Ja, das, was wir erklärt haben, ist richtig. Es geht nicht nur um die unmittelbare Region, sondern es geht auch um das, was darüber hinausführt,“ – Kollegin Hammann und auch schon Frau Pauly-Bender haben es angesprochen – „und deshalb haben wir eingesehen, dass ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren das Richtige ist. Wir beantragen es hiermit.“

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, dann können wir alle nach Hause gehen, weil wir dann die Details in aller Ruhe erörtern können, und selbst die Landesregierung wäre glücklich, denn sie wäre in der Sommerpause nicht damit belastet, sich große Gedanken und Schmerzen über die Frage machen zu müssen: Wie entscheiden wir denn nun?

(Vereinzelt Beifall)

Denn Sie allein haben das in der Hand.

Deshalb, sehr verehrte Herren von E.ON, die hier oben sitzen, geben Sie sich diesen Rück, und setzen Sie Ihre Spielchen nicht fort, die da heißen: 40 % CO₂-Reduktion (pro Megawatt Leistung oder pro Megawattstunde Arbeit). In Wahrheit sind es hier 60 % mehr CO₂-Ausstoß. Damit haben Sie bewiesen: Sie schwanken zwischen örtlicher und übergreifender Betrachtung. Ich denke, man muss beides betrachten. Das geht allein mit dem Raumordnungsverfahren.

Deshalb höre ich jetzt auf zu reden und bitte den Herrn Moderator, einen der Herren von E.ON hier ans Pult zu lassen, damit er sagt: „Jawohl, wir beantragen das.“ Dann können wir Brötchen essen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Kaufmann, für die Anregung.

Ich würde aber gerne die Wiesbadener Runde noch abschließen und bitte Sie, dann auch die Antworten in Wiesbaden zu finden und nicht in dieser Halle.

(Widerspruch)

Herr Lenz hat sich gerade angemeldet. Ich bitte Sie, Herr Lenz, um Ihren Beitrag.

Aloys Lenz MdL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Anwesende! Ich will kein Statement abgeben. Wir haben Gelegenheit, das im Hessischen Landtag zu tun. Ich will eine Frage stellen.

Ich stelle diese Frage als gewählter Abgeordneter der Gemeinde Großkrotzenburg, der Stadt Hanau, der Gemeinden Erlensee und Rodenbach und künftig auch der Stadt Maintal. Ich nehme die Ängste und die Befürchtungen der Bevölkerung ernst.

(Widerspruch)

– Es gibt auch Vorurteile. – Ich nehme sie ernst. Deshalb stelle ich die Frage, auch wenn sie hier schon vor mir gestellt worden ist – ich bin nicht der erste Redner –, an Herrn Dr. Luge, denn diese Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung gipfeln ja in der Forderung nach einem Raumordnungsverfahren. Mir geht es nicht wie Herrn Kaufmann darum, der Landesregierung Schmerzen zu ersparen. Diese kann ruhig Schmerzen aushalten; dafür wird sie bezahlt.

(Zuruf: Sehr gut!)

Auch die Städte und Gemeinden der Region haben diese Forderung nach einem Raumordnungsverfahren gestellt. Wir haben sie im Main-Kinzig-Kreistag gestellt: ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren. Der Kreis Aschaffenburg hat sie gestellt und viele Städte und Gemeinden hier der Region. Deshalb ist die Frage an Herrn Dr. Luge: Warum – ich sage es jetzt zuerst negativ, dann sage ich es positiv – sträuben Sie sich gegen ein Raumordnungsverfahren? Oder umgekehrt: Warum stellen Sie sich nicht an die Spitze der Bewegung

(Beifall)

und sagen: „Wir sind bereit, uns diesem Raumordnungsverfahren zu unterziehen“? Ob das jetzt geschieht, Herr Kaufmann, ist uninteressant. Nur: Es muss geschehen vonseiten der E.ON-Kraftwerksleitung. Deshalb meine konkrete Frage an Sie, Herr Dr. Luge: Warum unterziehen Sie sich nicht diesem Raumordnungsverfahren? – Vielen Dank.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Lassen Sie mich bitte die Runde der Landtagsabgeordneten abschließen mit Herrn Dr. Reuter, Mitglied des Bayerischen Landtags. – Herr Dr. Reuter, bitte.

Landrat Dr. Ulrich Reuter:

Meine sehr verehrten Damen und Herren von E.ON und der Hessischen Landesregierung! Ich muss gleich zu Beginn etwas richtigstellen: Ich nicht Mitglied des Bayerischen Landtags, sondern ich bin der Kollege aus der Nachbarschaft der Landräte Pipa und Walter. Ich bin Landrat in Aschaffenburg.

E.ON kennt die Haltung des Landkreises Aschaffenburg seit Ende März. Wir hatten damals im Kreistag eine intensive Diskussion und haben schon damals E.ON aufgefordert, von sich aus ein Raumordnungsverfahren zu beantragen und durchzuführen, sämtliche Einzelverfahren inklusive des Verfahrens für das Kohlelager zusammenzuführen und die Raumverträglichkeit des Gesamtprojekts in der Gesamtbelastung untersuchen zu lassen.

Meine lieben Herren von E.ON, wenn Sie es bisher nicht gemerkt haben, dann sollten Sie es heute gemerkt haben, dass der richtige Zeitpunkt, um ein solches Verfahren von sich aus zu beantragen, leider schon längst verstrichen ist.

(Beifall)

Wenn ich Sie heute nochmals auffordere, zur Vertrauensbildung doch jetzt endlich ein Einsehen zu haben und von sich aus ein Raumordnungsverfahren zu beantragen, dann deshalb, weil Ihnen vielleicht die heutige Veranstaltung zeigt, wie viel Vertrauen Sie in diesem mehrere Monate dauernden Prozess seit Jahreswechsel schon mit verschiedensten Maßnahmen und verschiedensten Erklärungen verspielt haben.

(Beifall)

Der Landkreis steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass für die Erweiterung dieses Kraftwerksstandorts ein Raumordnungsverfahren erforderlich ist, und zwar rechtlich und auch ganz zwingend aus Sicht von E.ON zur Vertrauensbildung der Bevölkerung. Dass diese Vertrauensbildung nötig ist, steht heute noch einmal in der Presse. Dort wird heute aus dem Kraftwerksforum zitiert, dass E.ON ausgeführt habe, dass der Block 6 nicht zur Disposition stehe. Ich weiß nicht, wie die Genehmigungsbehörde empfindet, wenn sie einen solchen

Satz liest. In Bayern jedenfalls ist es so, dass man zuerst Anträge stellt, dann diese prüfen lässt, und erst dann, wenn die Genehmigung erfolgt ist, kann man sagen: Dieser Kraftwerksblock steht nicht mehr zur Disposition. Aber nicht vorher!

(Beifall)

Manche würden jetzt sagen: Sogar in Bayern ist die Reihenfolge so.

(Heiterkeit)

Ich will – wirklich nur kurz – zwei Argumentationen nachschieben. Das Vertrauen, das notwendig ist und auf das Sie gar nicht verzichten können, wenn Sie diesen Standort langfristig wirklich erfolgreich betreiben wollen, ist der eine Aspekt. Der zweite wichtige Aspekt scheint mir zu sein, dass nur in einem Raumordnungsverfahren, meine Herren Minister, auch das Ob und das Wo eines Kraftwerks erörtert werden können. Das kann nicht in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren, auch wenn das länderübergreifend durchgeführt wird, erörtert werden. Da geht es ja nur um die Frage der Immissionen und der Umstände dieses konkreten Standorts. Wir wissen aber aus dem Vortrag und haben das auch schon vorher gewusst, dass mit den Blöcken 1 bis 3 eine ganze Reihe weiterer Blöcke stillgelegt werden soll. Ich will nur wenige nennen: Veltheim 2, Kassel, Datteln, Shamrock, Scholven, Waldeck, Knepper, Buschhaus, Kiel. Wenn diese alle geschlossen werden, muss man natürlich die Frage stellen: Wo sollen dann neue entstehen, und sind diese überhaupt notwendig?

Dass Sie sich für den Kraftwerksstandort Staudinger schon im Vorhinein entschieden haben, mag aus Unternehmenssicht, aus unternehmensstrategischer Sicht, aus der Produktionssicht sinnvoll sein. Ob es klima- und raumpolitisch sinnvoll ist, ist genau die Frage, die in einem Raumordnungsverfahren geprüft und diskutiert werden soll. Deswegen glauben wir, dass ein solches Verfahren zwingend notwendig ist.

Wir haben Sie auch schon aufgefordert, intensiver in erneuerbare Energien zu investieren. Diese Forderung möchte ich hier ausdrücklich wiederholen.

(Beifall und Bravorufe)

Da erkennen wir keine Bewegung.

Wenn ich abschließend und zusammenfassend feststelle, dass eine Investition in eine Erweiterung des Kraftwerks überhaupt nur dann infrage kommen kann, wenn alle messbaren Parameter deutlich gesenkt werden – das gilt für Schadstoffe, für Stäube und auch für das Klimagas –, dann soll das unterstreichen, in welche Richtung Ihre Anstrengungen gehen sollten. Ich glaube, dass wir darauf nicht verzichten können.

Wir können nämlich nicht hergehen - Herr Umweltminister, bei allem Respekt aus der Nachbarschaft gegenüber dem Main – und sagen: „Stellt euch nicht so an. CO₂ tut doch nicht weh. Das ist ein globales Problem.“

(Beifall)

Da stelle ich mir die Frage, wie denn, wenn diese Haltung auf Landesebene – da schließe ich die bayerische durchaus ein – Standard wäre, die Bundesländer ihren Beitrag zu einer 20-prozentigen Reduktion leisten wollen. Dazu sind sie aber aufgefordert. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Herr Dr. Reuter, tut mir leid, dass ich Sie falsch vorgestellt habe. Sie passen trotzdem an dieser Stelle, weil Sie die Runde der Landkreise eröffnen.

Jetzt ist Frau Jäger vom Kreis Offenbach dran.

Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer, meine Herren Abgeordneten und Minister! Der Vorhaben der Firma E.ON zum Neubau eines Blocks 6 am Standort des Kraftwerks Staudinger hier in der unmittelbaren Nachbarschaft hat viele Menschen der Region nachhaltig aufgeschreckt. Allein der Besuch dieser heutigen Anhörung spricht doch eine sehr deutliche Sprache. Die Menschen befürchten zu Recht eine noch stärkere Belastung der Luft und engagieren sich vor Ort massiv gegen diese Erweiterungspläne.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen und sich schon in einem Beschluss vom Februar dieses Jahres wie folgt geäußert:

Der Kreis Offenbach unterstützt die Forderung nach einem länderübergreifenden Raumordnungsverfahren. Im Rahmen dieses Verfahrens und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist darüber hinaus eine gesamträumliche Betrachtung und Bewertung zu fordern, die alle Kraftwerks- und Müllheizkraftwerksprojekte in der Region Rhein-Main einbezieht und eine Gesamtschau über die künftige Belastungssituation ermöglicht.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Beschluss sind wir verpflichtet. Wir wollen im Interesse der Menschen erreichen, dass jede weitere Verschlechterung der Umweltsituation für die Zukunft ausgeschlossen wird und im Sinne des Klimaschutzes die bestmögliche Entscheidung für eine zukunftsorientierte Stromversorgung getroffen wird.

Hierbei müssen wir jedoch die vielfältigen Belastungen – das wurde vorhin schon vorgetragen –, die sich aus unserer Lage in der Mitte des Rhein-Main-Ballungsraums bereits heute ergeben, berücksichtigen. Zusätzlich ist die Besorgnis der Menschen der Ausdruck der rasanten Weiterentwicklung der Region, die zwar auf der einen Seite durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch Sicherheit mit sich bringt, auf der anderen Seite aber durch Luftschadstoffe, Emissionen und nicht zuletzt auch Lärm die Lebenssituation der Menschen durchaus stark belastet. Hier müssen wir auf ausgewogene Entscheidungen achten und die Befürchtungen der Bevölkerung sehr ernst nehmen.

Dies, meine Damen und Herren, bedeutet gleichzeitig einen erhöhten Rechtfertigungszwang für diejenigen – hier spreche ich E.ON an –, die neue Projekte in der Region entwickeln und realisieren wollen. Sie müssen die Belange des Umweltschutzes zumindest gleichberechtigt in die Planungen integrieren und darin verankern und stets das technisch Machbare auch umsetzen. Hier kann und darf es keinen Rabatt zulasten des Umweltschutzes geben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch aus diesem Grund setzt sich der Kreis Offenbach für ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren ein, um durch eine solche Gesamtschau der Belastungssituation die Entscheidungsgrundlagen transparent zu machen, die letztlich dann im Genehmigungsverfahren zum Tragen kommen. Durch ein solches Verfahren können wir auch den Menschen, der Bevölkerung gegenüber deutlich machen, dass seitens der Politik und der gewählten Entscheidungsgremien die Belange der Bürgerinnen und Bürger verantwortungsbewusst wahrgenommen werden.

Darin sehen wir, meine Damen und Herren von E.ON, auch eine Chance für das antragstellende Unternehmen, seine Position transparent und seine Ziele nachvollziehbar und hoffentlich auch glaubwürdig darzustellen.

(Beifall)

Es wird auch darum gehen, dass diese Glaubwürdigkeit belastbar ausgestattet wird. Hier gibt es u. a. einen Vorschlag für einen Vertrag mit der Region, der von Herrn Landtagsvizepräsident Lortz auf den Tisch gelegt wurde und den Herr Landrat Peter Walter und ich unterstützen. Auch das Kraftwerksforum Staudinger, das vorgestern seine 3. Sitzung hatte, soll seinen Beitrag zu einem öffentlichen, transparenten und vor allem glaubwürdigen Verfahren leisten.

Auch unter Klimaschutzgesichtspunkten wird man das geplante Vorhaben natürlich – auch das ist schon vielfach angesprochen worden – kritisch betrachten müssen, da die unternehmerische Entscheidung für einen solchen Neubau zumindest 40 bis 50 Jahre in die Zukunft wirken wird. Hier gilt es zu prüfen, ob ein Neubau auf der Basis des Einsatzes von Steinkohle mit den Zielsetzungen des aktuellen Energiegipfels überhaupt noch kompatibel ist.

(Beifall)

Für uns gilt dabei als eine fixe Vorgabe – ich betone: fixe Vorgabe –, dass die Emissionswerte nach Inbetriebnahme eines neuen Blocks 6 und nach Abschaltung der Blöcke 1 bis 3 unterm Strich geringer sein müssen als der heutige Stand.

(Beifall)

Auch hierzu könnte in einem vorgeschalteten Raumordnungsverfahren durch die E.ON AG belastbares Zahlenmaterial vorgelegt werden.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Gespräche, der Veröffentlichungen, aber auch der Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung wird sich der Kreis Offenbach nach wie vor für die Belange seiner Bürgerinnen und Bürger positionieren, dabei aber auch die energiepolitischen Rahmenbedingungen im Auge behalten und stets die Belange eines wirksamen und effektiven Klimaschutzes als Messlatte für seine Entscheidungen anlegen.

Ich wünsche mir seitens der Landesregierung und des Regierungspräsidiums Darmstadt eine offensive Entscheidung zugunsten eines länderübergreifenden Raumordnungsverfahrens und seitens der E.ON AG, meine Herren, den mutigen Schritt, diesen Antrag endlich zu stellen und darüber hinaus einen Vertrag mit der Region zu schließen, der inhaltlich klar, unmissverständlich und gleichzeitig rechtlich belastbar sein muss. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Ich darf jetzt Herrn Pipa ans Mikrofon bitten.

(Beifall)

Landrat Erich Pipa:

Meine sehr verehrten Vertreter der Hessischen Landesregierung, recht herzlich willkommen! Meine lieben Vertreter der Firma E.ON, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich bin heute Morgen recht müde zu dieser Veranstaltung gekommen, aber ich muss jetzt sagen: Ich bin topfit geworden.

(Beifall)

Ich verdanke das zwei Herren, die hier PowerPoint-Präsentationen gemacht haben, Herrn Dr. Luge und Herrn Kaufhold. Ich muss Ihnen sagen, meine beiden Herren: So kann mit mündigen Bürgern nicht umspringen.

(Beifall)

Damit keine Missverständnisse auftreten, vorab: Ich bekenne mich zum Standort Staudinger als Kraftwerk. Von dort versorgen wir jetzt schon 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland mit Strom. Es muss bei diesen 5 Millionen bleiben; daraus dürfen nicht 10 Millionen werden.

(Beifall)

Diese Investition passt nicht in die heutige Zeit. Wenn wir in der PowerPoint-Präsentation sehen, dass nach wie vor ständig von Klimaschutz und von CO₂-Reduzierung in Höhe von 20 % gesprochen wird, dann ist das wirklich ein absoluter Witz. Ihre PowerPoint-Präsentation sollte man ökologisch verantwortbar in den Papierkorb entsorgen.

(Beifall)

Ich habe in der Schule gelernt: 20 % sind 20 %. Ich weiß ja, wie Sie argumentieren. Sie geben an, von der neuen erzeugten Kilowattstunde rechnen wir 20 % ab – natürlich auch wegen der neuen Technik; was denn sonst? –, aber Sie missachten dabei die gewaltige Kapazitätssteigerung. Deswegen ist Ihre Berechnung eine reine Augenwischerei.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe in der Schule gelernt, dass 20 % 20 % sind. Wir reden hier über 5 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß. 20 % davon – Claus Kaminsky, das hast du auch gelernt – sind 1 Million, also 4 Millionen. Wir reden nicht über 4 Millionen, wir reden über 8 Millionen. Das sind Ihre 20 %. Das können Sie mir und dem Bürger nicht weiter so vermitteln.

(Beifall)

Bei den übrigen Schadstofffrachten möchte ich nicht das wiederholen, was meine Vorredner hier dargestellt haben.

Die heutige Veranstaltung und auch sonstige Veranstaltungen zeigen, dass man ein solches Großprojekt nicht ohne die Bürgerschaft durchziehen kann. Wir reden hier ständig – da fühle ich mich auch ein bisschen vergackeiert – von einer Modernisierung. Wir reden hier nicht von einer Modernisierung, wir reden hier von einem Neubau auf kaltem Wege.

(Beifall)

Und dieser soll ohne ein Raumordnungsverfahren gemacht werden. So geht das nicht.

Ich verstehe ja, dass auch Konzernchefs versuchen, die betriebswirtschaftlich beste Lösung zu finden. Das scheint diese zu sein. Aber wenn diese Planung genehmigt werden, über was reden wir dann in 30 Jahren? Versorgen wir dann 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland mit Strom? Das ist keine Sanierung, das ist ein Neubau. Deswegen müssen hier andere Kriterien angelegt werden.

(Beifall)

Vertrauen ist genügend verspielt worden. Deshalb möchte ich hier einen anderen Aspekt einbringen als meine Vorredner. Ich bin eigentlich gegen die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens. Wenn das eingeleitet wird, reden wir über die Planung, die heute vorgestellt wurde. Ich bin für eine Denkpause von einem Jahr. Die Pläne müssen in der jetzigen Phase überarbeitet werden. Wir müssen weg von diesen gigantischen Plänen, einen Neubau eines Kraftwerks hier in der Region zu diskutieren.

(Beifall)

Herr Dr. Luge hat gesagt – und das begrüße ich ausdrücklich –, sein Konzern investiert in den nächsten Jahren 3 Milliarden € in die alternative Energie. Ganz toll! Aber durch Babbeln, durch Reden ist noch nie etwas errichtet worden. Ich lade Sie ausdrücklich zu meinem schwarzen Amtsbruder nach Aschaffenburg ein. Reden Sie mit ihm. Investieren Sie dort in die regenerativen Energien. Gehen Sie nach Offenbach, gehen Sie zur Stadt Hanau, zum Kollegen Kaminsky. Kommen Sie zu mir in den Main-Kinzig-Kreis. Ich biete Ihnen ein Grundstück kostenlos an. Bauen wir doch gemeinsam im Main-Kinzig-Kreis das größte Solarkraftwerk.

(Lebhafter Beifall)

Dann würden auch die Bürgerinnen und Bürger begreifen, was Vertrauen bedeutet, Vertrauen in die Region, Vertrauen in die Kommunalpolitik.

Wenn Sie dann sagen sollten: „Wir legen eine neue Planung vor, die eine Reduzierung um 20 % des CO₂ und um 20 % der Schadstofffrachten beinhaltet“, dann sind Sie willkommen. Dann bauen wir diese Anlage gemeinsam. Wenn Sie aber mir oder auch den Bürgerinnen und Bürgern später antworten sollten: „Das rechnet sich betriebswirtschaftlich nicht“, dann sage ich Ihnen: Das interessiert mich nicht die Bohne.

(Beifall und Bravorufe)

Betriebswirtschaft ist nicht der Gesundheit der Bürginnen und Bürger gegenüberzustellen. Nehmen Sie bitte die ausgestreckte Hand entgegen. Ich spreche hier auch im Namen aller Kommunen für diesen Bereich der regenerativen Energien. Wir reden hierüber nicht nur in der Stadt Hanau und im Main-Kinzig-Kreis. Der Anteil der regenerativen Energien bei der Stromerzeugung im Main-Kinzig-Kreis, verehrte Frau Abgeordnete aus dem Landkreis Offenbach, liegt schon bei 25 %. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, auch die Koalition von SPD und CDU, in den nächsten acht bis neun Jahren – Stichwort Biogas, Herr Kollege Minister – auf 40 % zu kommen. Das ist der entscheidende Weg und nicht solche großen Mammutkraftwerke. – Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Die Runde der Vertreter aus den Kommunen eröffnet Herr Claus Kaminsky, Oberbürgermeister der Stadt Hanau. – Herr Kaminsky.

Oberbürgermeister Claus Kaminsky:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Minister, verehrte Vertreter von E.ON, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Die Forderung nach einem länderübergreifenden Raumordnungsverfahren ist nicht nur an die Firma E.ON zu richten – wir haben ja aus der Gesichtsmimik, aus der Körperhaltung erkennen können, dass diese Appelle offensichtlich ins Leere gehen –, sondern – das will ich ausdrücklich unterstreichen – das ist natürlich auch eine Forderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, an die Landesregierung, an die Landesverantwortlichen.

(Beifall)

Es wäre auch möglich, dieses etwas kuriose Anhörungsverfahren dadurch zu beenden, dass die Landesregierung hier klar Farbe bekennt und sagt: Das, was hier in der Region von Bürgerinnen und Bürgern insgesamt formuliert und gefordert wird, ist vernünftig, und dem tragen wir Rechnung.

(Beifall)

Auch das könnte uns sehr rasch in die Mittagspause bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stadt Hanau wie auch die anderen aus der kommunalen Familie – das zu betonen ist uns schon wichtig – fordert einvernehmlich, d. h. in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat – wir haben immerhin sieben Fraktionen, und das ist in den anderen Kommunal- und Kreistagsparlamenten nicht wesentlich anders –, dieses Verfahren. Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um eine parteipolitische Positionierung in den Kommunen, sondern unabhängig von der Frage, wo sich jemand politisch zu Hause fühlt, ob er schwarzes, rotes, grünes oder gelbes Blut in seinen Adern fließen hat, sind wir alle hier in der Region der Meinung, dass dieses Verfahren notwendig ist. Deswegen, glaube ich, ist es höchste Zeit, zu einer Entscheidung zu kommen.

Die Frage „Warum?“ will ich an vier unverzichtbaren Prüfungen festmachen, die Gegenstand eines solchen Verfahrens sein müssen und die eben nicht in einem nachrangig gebotenen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Gegenstand wären.

Die erste Frage ist die Prüfung des energiewirtschaftlichen Bedarfs in der Region für den geplanten weltgrößten Kraftwerksblock.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite ist die Auswahl der für Mensch und Umwelt verträglichsten und effizientesten Alternative zur Erzeugung von Energie.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gebe Erich Pipa ausdrücklich recht: Wir würden zu kurz springen, lieber Erich, wenn wir nur ein Raumordnungsverfahren durchsetzen, sondern, wie Erich Pipa soeben formuliert hat, im Rahmen einer solchen Raumordnung – und auch da sehe ich die Landesregierung, die Landespolitik in der Verpflichtung – wären Alternativen aufzuzeigen zu dem, was hier gedacht und geplant ist.

(Lebhafter Beifall)

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will, ist die Prüfung, ob der angedachte Standort für das weltgrößte Steinkohlekraftwerk nun wirklich ausgerechnet im belasteten Ballungsraum Rhein-Main und fernab von Nutzungsmöglichkeiten für Kohlendioxid geeignet ist.

Der vierte Punkt ist eine Prüfung der Umweltverträglichkeit aller Bestandteile der geplanten Erweiterung des Kraftwerks einschließlich der Risiken der beiden Kohlelager.

Zu allen vier unverzichtbaren Prüfungsthemen weist die Stadt auf gewichtige offene Fragen und Widersprüche hin, die ich hier nur anreißen kann.

Das Erste ist der energiewirtschaftliche Bedarf. Für den geplanten weltgrößten Kraftwerksblock besteht in der Region – Erich Pipa hat von 5 Millionen Menschen gesprochen – kein erkennbarer oder nachgewiesener energiewirtschaftlicher Bedarf.

(Beifall)

Das Zweite: Wie sieht es mit umweltverträglichen und energieeffizienten Alternativen aus? Auch hier nur einige Stichworte. Umweltverträglichere und energieeffizientere Alternativen zur Energieerzeugung müssen doch in dieser Zeit geprüft werden. Die Verbrennung von noch mehr Steinkohle ist keine zukunftsfähige Antwort auf die Herausforderungen, die in diesem Jahrhundert auf uns zukommen.

(Beifall)

Dass lungengängige Feinstäube die Gefahr von Krebserkrankungen der Bürgerinnen und Bürger in der Region steigern und klimaschädliche Abgase die Lebensbedingungen der Menschen durch Überschwemmung und Dürre und Hunger bedrohen, sind mittlerweile weltweit Binsenweisheiten, und wir müssen fragen: Was heißt das für unsere Region? Was heißt das für die anstehenden Entscheidungen?

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist eine Beschleunigung ökologischer Infrastrukturmaßnahmen auch in der Regionalplanung geboten. Sie haben eben gehört: Die Kommunen sind dazu bereit. Wir haben in Hanau in Kürze – Ende des nächsten Jahres – 340 ha Konversionsflächen zur Verfügung. Warum führen wir nicht gemeinsam ein Projekt durch, an dem wir deutlich machen, dass diese Region Vorreiter auch bei der Realisierung von Solarenergie ist? Die Flächen stehen zur Verfügung.

(Beifall)

Dann müssen wir mit dem Bund verhandeln, dass er uns die Grundstücke so zur Verfügung stellt, dass wir sogar auf eine betriebswirtschaftlich vernünftige Betrachtung kommen.

Meine Damen und Herren, die Nutzung von Abwärme zur Stromerzeugung ist geboten. Die Förderung dezentraler Energieversorgung von Gemeinden und Siedlungen ist geboten. Der Ausbau der Wasserkraft ist geboten. Die Nutzung – ich habe es eben angesprochen – der Sonnenenergie ist geboten. Die Nutzung öffentlicher Einrichtungen – da sind wir auf kommunaler Ebene, so ist mein Eindruck, schon ein Stück weiter als manch andere in übergeordneten Behörden – beim Energiesparen – hier haben wir eine Vorbildfunktion – ist geboten. Wir sollten Bioenergie und Biokraftstoffe viel stärker fordern und fördern, als wir das in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall)

Es eröffnen sich – das ist meine feste Überzeugung – damit auch neue Berufsperspektiven und neue Möglichkeiten für das Wirtschaftswachstum in dieser Region.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, noch einmal zur Standorteignung. Die durch Feinstäube, Schwermetalle, Schwefeldioxid und Stickoxid belastete Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger im Ballungsraum Rhein-Main bedarf durch die Stilllegung der Blöcke 1 bis 3 des Kraftwerks Staudinger einer spürbaren Entlastung, nicht aber, wie beabsichtigt, der Fortschreibung der vorhandenen Beeinträchtigung, ja sogar deren Erweiterung.

(Beifall)

Die Planung der Steinkohleverbrennung schädigt die Umwelt bei den Faktoren Luft, Bioklima, Wasser, Landschaftsbild und Artenschutz. Geboten ist eine ganzheitliche Umweltverträglichkeitsprüfung aller Elemente des geplanten Kraftwerks. Auch dazu bietet sich im Übrigen das Raumordnungsverfahren an.

Hier wird offensichtlich die gegenteilige Strategie verfolgt. Das Kohlelager und seine Infrastruktur soll vorab ohne Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden. Weil damit die Systementscheidung für den Brennstoff Kohle vorab getroffen wäre, fordert die Stadt und

fordern wir als Kommunen von der Landesregierung ein Moratorium im Genehmigungsverfahren zu den beiden Kohlelagern bis zum Abschluss des Raumordnungsverfahrens.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der fehlende Energiebedarf, die energiewirtschaftlichen Alternativen unter Berücksichtigung des Schutzes des Weltklimas, eine gebotene Verbesserung der Umweltsituation, die Grenzen der Belastbarkeit des Wohlbefindens der Bürger, die Umweltwirkung über die hessischen Landesgrenzen hinweg und die gebotene Umweltverträglichkeitsprüfung auch des Steinkohlelagers sind gewichtige Gründe, wie wir meinen, warum die Stadt Hanau sich so positioniert hat, wie sie das getan hat.

Ich will auch noch etwas zu dem E.ON-Vertragsangebot für die Region sagen. Über 21.000 Bürger fordern durch ihre Unterschrift eine Entlastung zugunsten ihrer Gesundheit. Der Vertragsentwurf bietet nach meiner Betrachtung im Kern nur ein „Weiter so wie bisher“, nicht aber die gebotene Entlastung.

(Beifall)

Das Angebot spiegelt daher nur die Fortentwicklung der Technik zur Schadstoffminderung wider, die selbstverständlich zu nutzen ist. Meine Damen und Herren, dazu bedarf es aber doch wohl keines Vertrags in dieser Republik.

(Beifall)

E.ON und alle Entscheider sind gefordert, eine Senkung der klimarelevanten Abgase und Feinstäube bis zum Jahr 2020 um 40 % und danach eine dynamische weitere Reduzierung nachzuweisen. Dazu ist die Technologie der Verbrennung von Steinkohle nach meiner festen Überzeugung ungeeignet. Ein „Weiter so wie bisher“ können wir uns bei den sensiblen Schutzgütern, um die es geht, Gesundheit und Weltklima, im Sinne des Gemeinwohls und zum Schutz der nachfolgenden Generationen nicht mehr leisten. Kehren Sie um. Suchen Sie neue Wege. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Die Runde der Kommunen ergänzt Herr Engel, Bürgermeister von Großkrotzenburg. – Herr Engel.

Bürgermeister Friedhelm Engel:

Sehr geehrte Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie nicht verwundern, dass ich als Bürgermeister der Standortgemeinde des Kraftwerks Staudinger, das ja sehr in der Kritik stand, wie wir heute Morgen gehört haben

(Zurufe: Immer noch steht!)

– und auch steht –, eine positive Stellungnahme zu dem geplanten Bauprojekt der Firma E.ON in Großkrotzenburg abgebe.

(Pfiffe)

Diese Stellungnahme basiert auf einem Beschluss der Gemeindevertretung vom 27. März dieses Jahres. Darin heißt es:

Die Gemeindevertretung befürwortet grundsätzlich die Modernisierung des Kraftwerks Staudinger ...

(Zurufe: Wir auch!)

Sie sieht darin einen entscheidenden Beitrag zur Standortsicherung für das Kraftwerk Staudinger und die Sicherstellung der Energieversorgung in der Region Rhein-Main.

Weiterhin sieht sie in der geplanten Investition einen

bedeutenden Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Untermain sowie den Erhalt der Arbeitsplätze am Standort Großkrotzenburg.

(Vereinzelt Beifall – Pfiffe)

Sehr wohl sieht die Gemeindevertretung die mögliche Erhöhung der Umweltbelastungen und fordert daher

eine Reduzierung der CO₂- und sonstigen Schadstoffemissionen, ... (die) über die in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Verminderung der Umweltbelastung deutlich hinausgeht.

Die Gemeindevertretung setzt sich für eine Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sowie eines Raumordnungsverfahrens ein.

(Vereinzelt Beifall)

Die Gemeindevertretung macht sich aber auch Gedanken, wie die Belange der Umwelt und der Bevölkerung berücksichtigt werden können. Hier sieht sie – entgegen dem, was ich vorhin hier gehört habe – eine große Chance durch den Ausbau der Fernwärme in der Region. Hier ist die Firma E.ON gefordert, nicht nur eine mögliche Fernwärmemenge über die Blöcke 1 und 5 und den geplanten Block 6 bereitzustellen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass diese mögliche Fernwärmemenge auch zu den potenziellen Nutzern transportiert wird.

(Vereinzelt Beifall)

Um diese möglichen Nutzer herauszufinden, ist eine entsprechende Potenzialanalyse durchzuführen sowie als Folge dieser Analyse ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Um die Bedeutung der Fernwärme in unserer Region aber zusätzlich zu stärken, ist es auch notwendig, die Passage im Textteil des regionalen Flächennutzungsplans zum Thema Energie zu ändern, in dem es unter Punkt G 8-5 heißt – ich zitiere –:

Die Fernwärmeversorgung soll in geeigneten Gebieten, insbesondere im Verdichtungsraum, ausgebaut werden. ...

Diese Passage ist dahin gehend zu ändern, dass es anstelle „soll ... ausgebaut werden“ verbindlich heißt: „ist ... auszubauen“. Durch diese verbindliche Ausbaupflichtung, verbunden mit einer entsprechenden Werbung und einem attraktiven Abgabepreis beim Kunden bzw. Abnehmer, besteht auch die Möglichkeit der Akzeptanz von Fernwärme und als Konsequenz die Abschaltung von veralteten Heizungsanlagen und dadurch auch eine Schadstoffverringerung in dieser Region.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir als Gemeinde Großkrotzenburg, die derzeit schon teilweise mit Fernwärme versorgt wird, wollen diesen Ausbau der Fernwärme aus Umweltgründen und werden dieses Projekt auch weiterhin in den Gesprächen mit der E.ON vorantreiben. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – vereinzelt Pfiffe)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Engel.

Herr Bessel, Bürgermeister und Hausherr, hatte sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Bürgermeister Bernhard Bessel:

Herr Minister Dietzel, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe schon heute Morgen bei meiner Begrüßung deutlich gemacht, auf was es uns als nächstgelegenen Nachbarn ankommt: dass wir heute hier die Erkenntnis gewinnen, die wir schon am 5. Februar quasi beschlossen haben als eine der ersten Gemeinden und Städte hier in der Region. Egal, von welcher Seite Sie heute nach Hainburg hereingekommen sind, haben Sie auf großen Schildern gelesen: „Hainburg sagt Nein zu Block 6“. Das ist unsere Beschlusslage. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Ich kann es mir ersparen, all die Argumente, die hier von meinen Vorrednern vorgetragen worden sind, noch einmal aufzuzählen; sie sind bekannt.

Ich habe heute Morgen aber auch auf die Widersprüche hingewiesen, die teilweise aus den Gesprächen mit unserer Bevölkerung herauszulesen und herauszuhören sind. Ich habe es so formuliert: auf der einen Seite die hohen Ansprüche unserer Bundesregierung – ich denke, wir alle unterstützen diese Ansprüche –, zum Klimaschutz beizutragen, indem wir die CO₂-Belastung, soweit es nur geht, reduzieren; auf der anderen Seite aber auch das, was hier bei uns vor Ort passiert.

Darüber hinaus – diesen Punkt will ich jetzt erwähnen – müssen wir aber auch – das sage ich auch als Bürgermeister von Hainburg – uns Gedanken machen über die zukünftige Energieversorgung in unserem Land. Ich sage hier ganz deutlich, auch wenn es vielleicht bei dem einen oder anderen nicht gut ankommt –, dass einiges von dem, was ich heute hier gehört habe, nicht nur polemisch, sondern auch sehr populistisch ist, und dass wir damit die Zukunft nicht so gestalten können, dass unsere Kinder und Enkel noch ein sicheres, gutes Leben in unserer Bundesrepublik Deutschland führen können. Das muss an dieser Stelle auch gesagt werden.

Ich höre auch immer wieder aus unserer Bevölkerung – auch das ist ein Punkt, der hier genannt werden muss, und das muss ich auch in Bezug auf unsere Nachbarn sagen –, dass die Leute, die im Kraftwerk Staudinger arbeiten und die immer wieder auch persönlich angegriffen worden sind, hervorragende Arbeit leisten. Wir haben vorhin gesehen, dass die genehmigten Werte deutlich unterschritten werden, und zwar dadurch, dass dort Techniker am Werk sind, die wirklich im Sinne unserer Region arbeiten. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Nichtsdestotrotz bleibt unsere kritische Haltung bestehen. Denn ich habe auch gesagt: Wir werden auf keinen Fall hinnehmen, dass die vorhandenen Belastungen – auch diese wurden hier deutlich – in Zukunft zunehmen. Vielmehr muss das Gegenteil eintreten: Die Belastungen müssen geringer werden. Damit meine ich jetzt nicht in erster Linie CO₂. Das ist ein globales Problem, das nicht bei uns hier entschieden wird, sondern in China oder Indien oder sonst wo. Auch das muss hier einmal gesagt werden.

(Vereinzelt Beifall – Widerspruch)

Die Belastungen, um die es uns ganz besonders geht, sind die Schadstoffwerte, die unsere Bevölkerung direkt betreffen.

Das Wichtigste – das habe ich heute Morgen auch gesagt – ist, dass diese heutige Veranstaltung zu der Erkenntnis führt, wie Herr Minister Rhiel vorhin auch gesagt hat, dass wir in der Lage sind, die Firma E.ON, vor allem aber auch das Regierungspräsidium und ganz besonders die Hessische Landesregierung davon zu überzeugen, dass im Sinne der Vertrauensbildung, im Sinne eines weiteren guten Zusammenlebens zwischen dem Kraftwerk und

uns, die wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit Sicherheit weiterhin dieses Kraftwerk haben werden – – Kein Mensch glaubt draußen, dass das geschlossen wird; wir werden es weiterhin in unserer Nachbarschaft haben. Im Sinne einer guten Nachbarschaft und im Sinne der Gewissheit, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit diesem Kraftwerk leben können, sage ich hier mit großer Deutlichkeit: Wir müssen es schaffen – ich sage dies in Richtung Minister Dietzel, der dies in der Landesregierung, in der Kabinettsrunde hoffentlich deutlich vorträgt –, dass ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren durchgeführt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Denn nur das wird garantieren, dass all die Belastungen, die wir haben, berücksichtigt werden. Das sind ja nicht nur die Belastungen durch das Kraftwerk. Es ist ja vorhin hier einiges gezeigt worden. Ich habe mir auch noch den einen oder anderen Punkt notiert. Ich habe vorhin schon das Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue in Mainz/Wiesbaden genannt. Wir haben im Industriepark Höchst wahrscheinlich zu erwarten, dass dort eine der weltgrößten Müllverbrennungsanlagen gebaut wird. Ich habe von 675.000 Tonnen Verbrennungsvolumen gelesen. Wir haben auf der Anlage der InfraServ in Wiesbaden ein weiteres Müllverbrennungskraftwerk zu erwarten. Wir haben einen neuen Kohleblock im Großkraftwerk Mannheim in den nächsten Jahren zu erwarten. Wir haben ein Gas- und Dampfkraftwerk des holländischen Stromerzeugers NUON im Industriepark Griesheim zu erwarten. Das heißt, zu den jetzigen Belastungen durch den Auto- und Luftverkehr und zu dem, was wir hier von Staudinger vorfinden, kommt durch das, was ich eben hier vorgetragen habe, noch viel dazu.

Das haben wir mit der Belastung unseres Ballungsraums hier in der Region formuliert. Diese Belastung darf nicht zunehmen, sondern muss abnehmen.

Das garantiert uns nur eine Untersuchung, die in einem länderübergreifenden Raumordnungsverfahren möglich ist. Deswegen nochmals ein leidenschaftlicher Appell an Herrn Dr. Luge, mit dem wir schon Gespräche geführt haben, an Herrn Kaufhold, an Herrn Knief, aber ganz besonders an die Landesregierung, an die Entscheider unseres Bundeslandes Hessen, auf die wir uns verlassen können müssen: Bitte veranlassen Sie, dass zu diesem Vorhaben des Kraftwerks Staudinger ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wird. Dann werden wir sehen, was dabei als Ergebnis herauskommt, und dann können wir, wie es vorhin formuliert wurde, auch mit dem, was als Ergebnis feststeht, leben. – Danke schön.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Mit Herrn Scharwies, dem Bürgermeister der Stadt Alzenau, beenden wir den Block der Kommunen, zumindest der Bürgermeister, und kommen danach zu einer neuen Zielgruppe, die wir noch definieren müssen.

Bürgermeister Walter Scharwies:

Sehr verehrter Herr Staatsminister, meine Damen, meine Herren! Ich bedanke mich dafür, dass die Stadt Alzenau und damit die unmittelbare bayerische Seite beim Kraftwerk Staudinger hier das Wort ergreifen darf.

Wir sind uns mit nahezu allen Rednerinnen und Rednern einig: Mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden € soll eines der größten konventionellen Kraftwerke entstehen, in dem Steinkohle verbrannt werden soll. Das Projekt und seine Alternativen zu dieser Art der Energieerzeugung, die Eignung des Standorts und die Umweltverträglichkeit aller Maßnahmebestandteile sollen, wenn es nach E.ON geht, nicht auf ihre Raumverträglichkeit in einem länderübergreifenden Raumordnungsverfahren überprüft werden.

(Zuruf: Warum?)

Das ist unmöglich, das geht nicht. Da bin ich insbesondere mit unserem Landrat, der hier auch die bayerische Seite vertreten hat, einig. Das können wir auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger nicht hinnehmen.

(Beifall)

Man muss sich das geltende Immissionsschutzrecht ansehen. Dieses eröffnet leider immer neue Zusatzbelastungen, weil es jeweils nur einzeln die Schwelle der Erheblichkeit und überwiegend volkswirtschaftlich begründete Immissionswerte berücksichtigt. Eine sachgerechte Prüfung vor dem Hintergrund des europäischen Umweltrechts kann nur in einem Raumordnungsverfahren erfolgen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung, meine Damen und Herren und insbesondere Sie, die Vertreter der Hessischen Landesregierung, muss unserer Meinung nach über diese 10 km hinaus erweitert werden. Denn die Höhe der neuen Kühltürme, die dann auch die Abgase in die Luft blasen werden, erzeugt den Effekt, dass weit über Alzenau hinaus der Spessart, insbesondere der Vorspessart, betroffen sein wird. Das muss unbedingt in diese Untersuchung mit einbezogen werden.

(Beifall)

Mit großem Interesse, Herr Kaufhold, habe ich Ihre Statistik oder Ihr Schema gelesen, mit dem Sie die Gesamtabgabe der für die Region bedeutsamen Jahresmengen an Staub, Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid nach Inbetriebnahme des geplanten Blocks 6 und der Stilllegung der Blöcke 1 bis 3 garantieren. Das klang vor einem Vierteljahr noch ganz anders, als wir einmal zusammen waren. Da wurde eindeutig auf das geltende Gesetz verwiesen. Da wurde auf die Meinung von Aktionären hingewiesen, dass E.ON das freiwillig nie und nimmer tun werde.

Aber wenn wir diese Zahlen einmal unterstellen, ergibt sich die Frage: Wie können diese Ziele umgesetzt werden, wenn Block 6 – das ist ja zu befürchten, Herr Wich hat es angedeutet – im Hinblick auf die jährliche Stromproduktion nicht ausgelastet sein wird? Es stellt sich dann die Frage der Wirtschaftlichkeit. Wo ist der Return of Invest? Ist der gegeben? Müsste dann nicht logischerweise auch die Kapazität des Blocks 6 jetzt schon neu überdacht werden? Es wäre ja – die Vergangenheit hat das bewiesen – ein Leichtes, bei Bedarf die immissionsschutzrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und eine Erhöhung der Gesamtabgabe an Belastung für die Region zu erreichen. Wir sind gebrannte Kinder. Wir haben uns gegen die Petrolkoksverbrennung gewehrt, haben Widerspruch eingelegt. Der Regierungspräsident in Darmstadt hat uns geschrieben: Seid froh, dass es nicht noch schlimmer kommt. Es könnte noch viel mehr von E.ON beantragt werden.

Wie sieht es aus? Wie dürfen wir diese Zahlen und damit auch den Vertrag, den der Herr Abgeordnete Lortz ins Spiel gebracht hat und über den man nachdenken kann – gar keine Frage –, bewerten? Wie ist dieser Vertrag juristisch belastbar? Verträge kann ich kündigen, meine Damen und Herren. Wie soll das denn festgeschrieben werden können?

(Beifall)

Ich meine, es gibt rechtsstaatliche Verfahren. Diese sollte man nutzen, diese sollte man einleiten. In diesen Verfahren kann man dann von der antragstellenden Seite her – das ist ein Leichtes – die uns genannten Schadstoffmengen, die hier die lokale Situation betreffen, festschreiben. Dann braucht man eigentlich keinen Vertrag. Aber wenn es denn ein Vertrag sein muss, dann muss dieser juristisch sehr sauber bewertet werden. Mir fehlt momentan noch der Glaube an die absolute Belastbarkeit eines solchen Vertrags.

(Beifall)

Damit, meine Damen und Herren, darf ich schließen. Ich darf mich nochmals für die Einladung bedanken und feststellen: Wir in Alzenau im Talgrund sollen in der unmittelbaren Windfahne eines Kraftwerks leben, das in einem juristischen Hauruckverfahren abgesegnet werden soll mithilfe von immissionsschutzrechtlichen Instrumentarien, die heute eigentlich schon Vergangenheit sind und 2013, wenn unsere Bürgerschaft damit belastet werden soll, letztlich nicht mehr bestehen werden bzw. uns Belastungen aussetzen werden, die wir nie und nimmer in Kauf nehmen können. – Danke schön.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Scharwies.

Jetzt habe ich eine Gruppe von Wortmeldungen, bei denen mir nur die Namen vorliegen, angeführt von Herrn Peter Störk aus Seligenstadt. Ich möchte Sie bitten, sich vor Beginn

Ihres Beitrags kurz selbst vorzustellen, weil ich hier keine Angabe Ihrer Funktion habe. – Herr Störk.

Peter Störk:

Sehr verehrte Damen und Herren! Mein Name ist Peter Störk. Ich bin im Stadtparlament in Seligenstadt für Bündnis 90/Die Grünen und Direktkandidat des Wahlkreises 46 für die Landtagswahl.

Als Seligenstädter beschäftigen wir uns selbstverständlich ebenfalls mit diesem Projekt. Wir hatten Gelegenheit, im Rahmen einer Sitzung des Umweltausschusses vor Ort bei E.ON die Daten und Zahlen zu hören, die dieses Projekt begleiten. Dabei ist uns erklärt worden, wie heute Strom produziert wird und der Verkauf dieses Stroms mit der Wirkung an den Börsen zusammenhängt. Das heißt, die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung ist besonders wichtig.

Man hat uns auch erklärt, dass der Gasblock 4 der umweltfreundlichste ist, aber leider aufgrund der hohen Kosten nicht ausgelastet ist. Das sagt mir, dass E.ON die Prioritäten ihres Handelns natürlich auf die Wirtschaftlichkeit setzt und nicht auf den Umweltschutz.

(Beifall)

Nun war heute auch sehr viel von Zukunft und Wirtschaftlichkeit die Rede. Wenn ich die Rohstoffpreise der letzten 40 Jahre und die heutigen anschau und mir die Preise der Kohle in 40 Jahren vorstelle, dann frage ich mich: Ist denn die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts überhaupt übersehbar? Denn der Gasblock ist ja heute schon – das haben Sie uns zumindest erklärt – nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben. Deshalb lässt man ihn nur noch zu Spitzenzeiten laufen.

Jetzt erklären Sie uns bitte, wo die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts liegt mit knapp 400 Tonnen Kohle, die Sie aus Südafrika, aus Australien, aus Kolumbien, aus Indonesien zu heutigen Preisen an den Main karren? Wie soll die Wirtschaftlichkeit eines Blocks, der 40 Jahre läuft, in 40 Jahren mit einer Technologie des 18. Jahrhunderts – Kondensationskraftwerke sind nun einmal Technologie des 18. Jahrhunderts – gesichert sein?

(Beifall – Zuruf: Genau!)

Ich betone: Die Wirtschaftlichkeit ist ja nicht nur eine Frage Ihres Unternehmens. Das ist auch eine Frage von uns Konsumenten, denn Strom brauchen wir nun einmal.

Daher kann es doch nur ein klares Konzept geben, das lautet: Wir müssen in die Zukunft schauen. Wir müssen Strom mit einer Technologie der Zukunft erzeugen und uns von den Technologien der Vergangenheit lösen.

(Beifall)

Sie betonen ja immer wieder, dass Ihnen die Gesundheit der Bürger dieser Region wichtig ist, dass Ihnen die Umweltverträglichkeit wichtig ist, dass Sie in einen Dialog treten wollen. Aber Ihr Handeln spricht komplett dagegen. Denn ein solches Projekt, das 40 Jahre laufen soll, ist unvorstellbar. Das ist unvorstellbar kurzsichtig. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass so ein großes und ingenieurmäßig gut ausgestattetes Unternehmen einen solchen Schwachsinn heute noch plant.

(Lebhafter Beifall und Bravorufe)

Ich neige deshalb auch den Ausführungen von Herrn Pipa zu: Kein Raumordnungsverfahren, sondern stellen Sie die Planung ein.

(Beifall)

Schließen Sie die Kraftwerksblöcke 1 bis 3, und sorgen Sie dafür, dass die 1,2 Milliarden € so investiert werden, dass die Wirtschaftlichkeit gesichert ist – das können Sie mit erneuerbaren Energien sicherstellen –, dass die Umwelt etwas davon hat – wir wissen, dass das der Fall ist – und dass es Arbeitsplätze gibt – auch das wissen wir –; aber der neue Block 6 schafft ja keine Arbeitsplätze, sondern kostet 35 Arbeitsplätze. Das ist bisher noch nicht gesagt worden.

(Beifall)

Für mich gibt es nur ein ganz klares Statement: Kehren Sie um bei dieser Planung, die nicht zukunftsweisend ist, die nicht nachhaltig ist und die uns letztendlich ins Aus führt, auch wirtschaftlich. Denn am Ende zahlen wir die Zeche. – Vielen Dank.

(Beifall und Bravorufe)

Moderator Roland Strunk:

Die nächste Wortmeldung liegt von Herrn Hans-Peter Bicherl vor, auch hier leider ohne Ort und ohne Funktion. Würden Sie sich bitte kurz vorstellen.

Hans-Peter Bicherl:

Herr Vorsitzender! Ich wohne zurzeit in Hainburg, war vorher zehn Jahre in Seligenstadt Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, bin derzeit Stellvertreter von Frank Kaufmann in der Regionalversammlung und stellvertretender Ausschussvorsitzender des Umweltausschusses beim Kreis Offenbach. – So viel zu meiner Person.

Ich möchte hier drei Aspekte ansprechen. Der eine ist: Ich war sehr früh beteiligt bei der Präsentation, bei der Vorstellung Ende Januar im Congress-Park Hanau. Was Sie damals vorgestellt haben, hat uns vom BUND Hessen veranlasst, in einer Tabelle zusammenzustellen, was genehmigte Emissionsfrachten sind und was Sie zukünftig beabsichtigen. Meine Herren von E.ON, seit Anfang Januar bis heute haben Sie uns eine inflationäre Darstellung Ihrer

PowerPoint-Präsentation geliefert. Es gibt ein geflügeltes Wort in der Wirtschaft: Wieder PowerPoint oder er hat etwas zu sagen? Genau dies haben Sie in Ihren Tabellen uns deutlich gemacht. Ich habe – ich arbeite mit Excel, und Excel lässt ja Spalten und Zeilen zu – all das zusammengefasst, seitdem Sie angefangen haben, uns vorzustellen, wie das zukünftig sein wird, welche Werte auf uns zukommen. Ich muss schon sagen: Sie sind wirklich noch nicht reif für eine Planung, weil die Werte, die Sie Anfang des Jahres der Öffentlichkeit vorzustellen begonnen haben, zwischenzeitlich fast stündlich revidiert und nach unten geschraubt werden. Sollen wir Ihnen glauben? Können wir Ihnen glauben? Nach dem, was Sie uns hier präsentieren und was ich hier alles notiert habe, müssen wir einmal einen Status quo haben. Das ist die Schwierigkeit, die auch die Landesregierung wahrscheinlich hat. Deswegen will Herr Lortz einen Vertrag mit Ihnen machen, weil wir ja gar nicht wissen: Was wollen Sie denn letztendlich für Emissionswerte erreichen? Ich denke, das einzig Wahre ist, dass wir hier eine Denkpause von Ihnen verlangen, dass Sie einmal über das nachdenken, was Herr Landrat Erich Pipa gesagt hat, dass Sie mit sich ins Reine kommen, welche Emissionswerte Sie uns zumuten wollen. – Das ist der eine Punkt.

Jetzt will ich einen Aspekt ansprechen, der hier noch von keinem Redner genannt wurde. Da geht es um Dinge, von denen ich noch mehr verstehe als von der Politik. Ich zeige Ihnen hier ein Bild mit den neuen Kühltürmen, wie man sie sieht, wenn man vom Tannenmühlkreisel nach Hainburg-Hainstadt hineinfährt. Ich bin ja außerdem – im anständigen Leben habe ich einen anständigen Beruf – Geodät und als Geodät Fachmann für Grundstücksfragen. Deshalb möchte ich Sie bitten, uns Gutachten zu liefern, wie sich der Grundstücksmarkt verändert. Da gibt es jetzt schon sehr interessante Aufsätze, Diplom- und Doktorarbeiten von Wissenschaftlern – bekannt ist hier die Professur für Städtebau und Wohnordnung der Universität Bonn –, die die Einflüsse auf den Immobilienmarkt untersucht haben. Ich habe hier den Auftrag meiner Frau. Sie hat ein Wohn- und Geschäftshaus in Hamburg, und ich selbst habe Eigentum in Seligenstadt. Ich habe mich in der Pause mit einer Cousine unterhalten, die Erste Stadträtin in Seligenstadt ist. Für diese drei Personen trage ich als Privatmann hier vor: Wir haben große Ängste, dass der Grundstücks- und Immobilienmarkt sich für alle Leute, die hier ein Reihenhaus oder eine Eigentumswohnung haben, massiv verändert. Wir können das jetzt schon nachweisen. Die Herren im Regierungspräsidium in Darmstadt haben ja die Zahlen und die Gutachten zum Raumordnungsverfahren des Frankfurter Flughafens. Ich weiß nicht, inwieweit die Beamtenschaft schon dazu gekommen ist, in diese Unterlagen zu schauen und diese Gutachten zu überprüfen. Da ist nämlich wissenschaftlich nachgewiesen – das hat die Stadt Offenbach belegt –, dass hier durch Lärmauswirkungen massive Veränderungen – am Beispiel des Flughafens ist das wissenschaftlich nachgewiesen – eintreten. Bisher waren zwar zum Thema Flughäfen nur sehr wenige Untersuchungen da, aber jetzt sind endlich vier, fünf Doktorarbeiten und Diplomarbeiten darüber geschrieben worden. Diese Studien und Untersuchungen, z. B. auch Bodenrichtwertanalysen, versuchen, in der Regel lediglich den Einfluss von Fluglärm auf die Werte von Immobilien zu quantifizieren. Das mehrseitige Gutachten will ich hier nicht in Einzelheiten vortragen, aber ich kann es Ihnen gern kopieren. Es kommt zu dem Fazit: Für das Marktsegment „Individuelles Wohnen“, für Einfamilienhäu-

ser hat die Kaufpreisanalyse für bebaute Grundstücke unter Verwendung der Clusteranalyse und der Regressionsanalyse ergeben, dass die Kaufpreise der bebauten Einfamiliengrundstücke in den Untersuchungsräumen um die Flughäfen Hannover und Frankfurt signifikant durch den Faktor Fluglärm beeinflusst werden. Die ermittelten Größenordnungen der Wertminderungen durch den Einflussfaktor Fluglärm betragen für bebaute Grundstücke bei einem Kaufpreis von rund 300.000 € 3,5 % und für unbebaute Grundstücke 7,5 %.

Meine Damen und Herren, liebe Anwohner und Mitbürger, dies hat auch Auswirkungen zumindest für Hainburg-Hainstadt, Klein-Krotzenburg, Großauheim, wenn man solche Bilder sieht und die Emissionswerte deutlich gemacht werden. Dann darf derjenige, der sich da vor 20, 30 Jahren ein Häuschen gekauft hat, sich nicht wundern, wenn in diesem Sektor bis zu 7,5 % Marktverluste da sind. Das gilt es auch zu untersuchen.

Ich bitte, dass diese Argumente protokolliert werden, dass diese Faktoren mit untersucht werden und dass die Gefahr abgewendet wird. – Danke schön.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Danke schön, Herr Bicherl.

Wir haben jetzt gerade den Zeitpunkt der Mittagspause erreicht. Ich habe aber noch Wortmeldungen im Umfang von 35 Minuten hier vorliegen. Ich mache folgenden Vorschlag: Ich lasse jetzt noch Wortbeiträge bis 12:45 Uhr zu. Dann machen wir eine Dreiviertelstunde Pause und setzen am Nachmittag mit dem Rest der Wortbeiträge fort, bevor der Vortrag von Herrn Prof. Dr. Hendlner beginnt. Sind Sie damit einverstanden?

(Beifall)

– Dann bitte ich Herrn Michael Ruf. Auch hier fehlt mir leider die Angabe von Ort und Funktion. Wenn Sie das nachholen würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Achten Sie bitte darauf, die Redezeit auf das Äußerste zu begrenzen, damit wir ein bisschen was von der Mittagspause und noch ein bisschen was vom Nachmittag haben. – Herr Ruf.

Michael Ruf:

Grüß Gott, meine Damen und Herren! Mein Name ist Michael Ruf. Ich bin Sprecher der Bürgerinitiative für Klima- und Umweltschutz Großkrotzenburg.

Ich möchte den Verantwortlichen der Landesregierung und der E.ON Folgendes mit auf den Weg geben: E.ON wirbt in letzter Zeit sehr intensiv damit, dass die Schadstoffemissionswerte deutlich gegenüber dem derzeitigen Stand unterschritten werden. Dazu muss man wissen: Es ist – das ist noch nicht allgemein bekannt – ein sogenanntes Referenzkraftwerk in Planung: genau derselbe Typ, genau dieselbe Kapazität von 1.100 MW. Das Ganze findet zur-

zeit in Datteln statt. Datteln hat für mich den Vorteil, dass wir dort im Prinzip bereits die Referenzwerte in einem Vorab-Bescheid der Bezirksregierung Münster vorliegen haben. Dort werden von der E.ON Werte beantragt, die bereits 20 Jahre alt sind. Das sind die Maximalwerte nach BlmschG. Ich darf hier nur einen Wert zitieren, den Wert für NO_x. Herr Freitag hat in der Bürgerveranstaltung in Großkrotzenburg deutlich machen wollen, dass diese Werte auf jeden Fall von der E.ON unterschritten werden. Er hat den Wert von 140 mg in die Antragsunterlagen eintragen lassen wollen. In dem Antrag für das Kraftwerk in Datteln finden Sie aber 200 mg pro Raumkubikmeter. Da frage ich einfach, ob in Datteln nicht schon stattgefunden hat, was hier stattfinden soll. Oder umgekehrt: Wir wissen, dass hier das stattfinden soll, was in Datteln stattfindet. Das heißt, es werden hier nicht die Antragswerte genannt, die man nehmen könnte. Ich bin sehr sicher, dass auch ein Herr Freitag daran nichts ändern kann. Aus Erfahrung kann ich auf die Werte zurückgreifen, die damals genommen wurden, als die E.ON einen Antrag zur Mitverbrennung von Tiermehl gestellt hat. Auch da gab es Schwierigkeiten. Nachdem der Probebetrieb gelaufen war, hat man gesehen, dass bestimmte Werte nicht einzuhalten sind. Dann hat man gesagt: Wir haben ja die Technologie vor Ort; wir können das Tiermehl verbrennen, und jetzt stellen wir einfach einen Änderungsantrag, um die Genehmigung zu erhalten, das Tiermehl weiter zu verbrennen.

Meine Herren Vertreter der E.ON, wir trauen Ihren Angaben und Ihren Versprechungen nicht. Wir trauen auch einem Vertrag nicht, denn wir wissen, dass Verträge auch gebrochen werden. Selbstverpflichtungen sind so viel wert, dass wir sie, wie hier eben schon gesagt worden ist, ökologisch sinnvoll entsorgen sollten. – Danke schön.

(Beifall und Bravorufe)

Moderator Roland Strunk:

Nun darf ich Herrn Michael Schmidt aufrufen, auch hier verbunden mit der Bitte um eine kurze Selbstvorstellung. – Herr Schmidt.

Michael Schmidt:

Guten Tag, meine Damen und Herren! Guten Tag, Vertretung der Regierung, Herr Minister Rhiel und Herr Minister Dietzel! Mein Name ist Michael Schmidt. Ich bin Mitglied der Bürgerinitiative „Stopp Staudinger“.

Ich wollte eigentlich nur relativ schnell die Darstellung der Wirtschaftlichkeit bzw. die ökologisch sinnvolle Darstellung dieses Kraftwerks auseinandernehmen. Ich habe jetzt hier ein paar Punkte zusammengefasst, die mir an der ganzen Sache aufgefallen sind. Ich hoffe, ich trage ein bisschen dazu bei, dass es etwas lockerer wird und dass wir, bevor Sie einschlafen oder ganz verhungern, hier herauskommen.

Herr Rhiel sagt, er möchte Kraftwerke in dieser Form bauen; sie seien notwendig. Kraftwerke in dieser Form, Herr Rhiel, sind nicht notwendig. Das ist ein Fakt.

(Beifall)

Dass hier eine Entscheidung nach Recht und Gesetz getroffen wird, ist wahrscheinlich leider so – vorausgesetzt, Sie haben hier nicht die Möglichkeit, jetzt über das Raumordnungsverfahren irgendwelche Alternativen zu erörtern.

Auch die Argumentation von Herrn Dietzel, dass hier alles berücksichtigt wird, dass CO₂ keinen Einfluss auf die regionale Betrachtung hat, ist nicht richtig. Ich möchte an die Regierung in Wiesbaden appellieren – die jetzt ja nur noch zu einem kleinen Teil anwesend ist, die anderen haben sich ja schon verabschiedet, wahrscheinlich zum Mittagessen –, hier ihre Politik zu überdenken. Denn auf der einen Seite ist hier ein Konzern E.ON, der seine wirtschaftlichen Interessen zu Recht vertritt. Diese wirtschaftlichen Interessen würde ich als Unternehmer wahrscheinlich auch in dieser Form vertreten, wenn ich die Rahmenbedingungen dazu hätte. Das Problem ist, dass die Rahmenbedingungen dazu vorliegen.

Ich versuche, die Fakten ein bisschen zusammenzufassen. Wir haben im Augenblick die Situation, dass Kohle genauso besteuert wird wie Gas. Das heißt, dass auf eine Kilowattstunde Kohle im Prinzip die gleiche steuerliche Belastung kommt wie auf eine Kilowattstunde Gas. Gas ist aber am Markt ohnehin schon teurer. Gas emittiert jedoch wesentlich weniger CO₂ und eigentlich gar keine Schadstoffe. Das wissen die Leute von E.ON auch. Die bauen ein ganz tolles Kraftwerk in Bayern, und zwar in Irsching. Das ist ein ganz tolles Kraftwerk, das von uns, von der Bürgerinitiative, hier am Standort, denke ich, durchaus akzeptiert werden könnte. – Ich soll hier keine Vorschläge machen, hat man mir gesagt. Okay. – Es sind so viele Vorschläge gemacht worden. Sollte dieser Vorschlag von E.ON akzeptiert werden, können wir auch alle nach Hause gehen. Dann haben kein Problem mit CO₂ oder nur die Hälfte des Problems, und wir haben keine Probleme mit SO₂, keine mit NO_x und auch keine mit Feinstaub. Abgesehen davon liefert dieses Kraftwerk noch zusätzlich Wärme, die genutzt werden kann, und ist für den Betreiber in gewissem Rahmen sicherlich auch wirtschaftlich sinnvoll.

Dass das nicht stattfindet, liegt im Prinzip daran, wie die Kohle und das Gas von der Regierung besteuert werden. Bei Stromerzeugung werden immer etwa 10,5 € Steuern pro Megawattstunde erhoben, völlig unabhängig davon, ob der Strom mit Gas oder mit Kohle erzeugt wird. Insgesamt wird hier aber von einem Schaden gesprochen, der mit CO₂ einhergeht. Das ist kein Wert, den wir erfunden haben, sondern das ist ein Wert, der einer allgemeinen Konvention entspricht und von Regierungsseite festgelegt ist. Dabei handelt es sich um eine Schädlichkeitsanalyse. Pro Megawattstunde Energie, die mit Kohle erzeugt wird, fällt ein Preis an, der in der Größenordnung von 68 € liegt. Durch die Besteuerung mit 10 € pro Megawattstunde bleibt der Rest von 58 € als Allgemeinlast übrig. Das heißt, 27 % der klimaschädlichen Wirkung bei CO₂ werden über Steuern abgefangen, 73 % werden über allgemeine Ressourcen finanziert. Der tatsächliche Preis für den Kohlestrom ist also deutlich zu niedrig. Genau das ist der Punkt. Es fehlt im Prinzip eine anständige Besteuerung für die Kohle. Gäbe es eine solche Besteuerung, hätten wir hier sicherlich nicht das Problem,

Gäbe es eine solche Besteuerung, hätten wir hier sicherlich nicht das Problem, darüber diskutieren zu müssen, was für ein Kraftwerk hier gebaut wird.

Wir können uns hier kurz fassen und die Diskussion beenden, wenn E.ON erklärt: Wir bauen hier ein Kraftwerk in gleicher Form wie in Irsching; da haben wir 800 Megawatt. Das wäre ein Ersatz für die Blöcke 1 bis 3, wobei Block 2 sowieso nicht mehr läuft. Wir hätten keine Überproduktion und keine Mehrproduktion, und wir hätten keine Kohle an Bord. Das wäre unsere Forderung. – Schönen Dank.

(Beifall)

Moderator Roland Strunk:

Vielen Dank, Herr Schmidt.

Ich möchte an dieser Stelle die Mittagspause eröffnen und Sie noch wissen lassen, dass wir heute Nachmittag pünktlich um 13:30 Uhr wieder beginnen mit den restlichen Statements. Anschließend folgt der Vortrag von Herrn Prof. Dr. Hendler. Danach haben Sie erneut Gelegenheit zum Dialog, weil wir noch eine kleine Podiumsrunde zum Thema Verfahren einführen.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:44 Uhr)